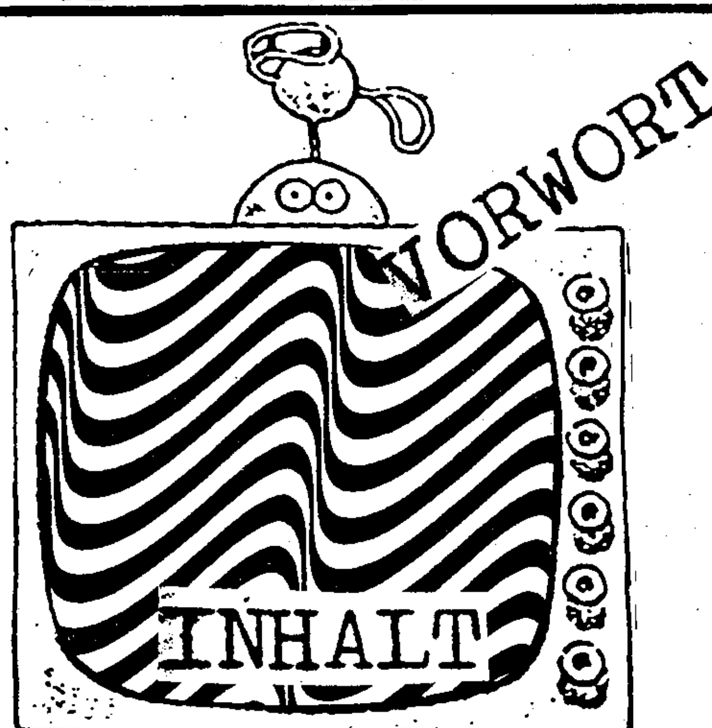
K-BUTT

VÄLZISCHE PFOLXZEITUNG



SOMMER 94 kost nix



hallo,hier ist sie endlich,die neue K-Butt.diese ausgabe besteht größtenteils aus beiträgen aus od. über die AntiFa-woche in KL. des weiteren gibts einiges zu pseudo-linken schreiberInnen, -strukturen und -tätern zu lesen+die schon fast tägliche auseinandersetzung mit dem immer witer um sich greifenden staats-terrorismus haben wir auch in der zeitung weitergeführt.leider etwas verkürzt,aber wenn wir dazu alles veröffentlichen würden,wäre die zeitung doppeltsodick und es ständ nix anderes mehr drin.
apropos:wir fänden es gut,wenn ihr auch mal was schreiben würdet, für die K-Butt.es muß ja nichts hochpolitisches sein.uns interessiert besonderst was an schulen,an der uni,in betrieben so abgeht oder auch nicht,bzw. was euch an der "stadt" ankotzt und was ihr für ideen habt,daran was zu ändern. unser interesse ist es,auf j jeden fall, mehr über KL,aber auch über musik,kultur und spaß in der K-Butt abzudrucken.der artikel über das streetball-turnier soll sowas wie 'nen anfang darstellen.
und außerdem:seit 2monaten trifft sich ein linkes plenum im lokalkolorit(gasstr.41).dieses plenum soll anlaufstelle für menschen aus verschiedensten zusammenhängen od. auch einzelpersonen sein, die sich gemeinsam gegen den aktuellen 24stundenhorror in dieser gesellschaft wehren wollen.auch DU bist herzlichst eingeladen.
und nun viel spaß beim lesen!!!

eure K-Butt Redaktion





Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

DIE ALTEN AUSGABEN DER K'BUTT KÖNNT IHR BEI UNS FÜR 3 DM IN BRIEFMARKEN (PORTO) BESTELLEN. SPENDEN SIND IMMERGERN GESEHEN !!

hier,unsere neue und wohl diesmal längerfristige adresse

K-Butt Redaktion
c/o LokalKolorit
Gasstr.41
67655 Kaiserslautern

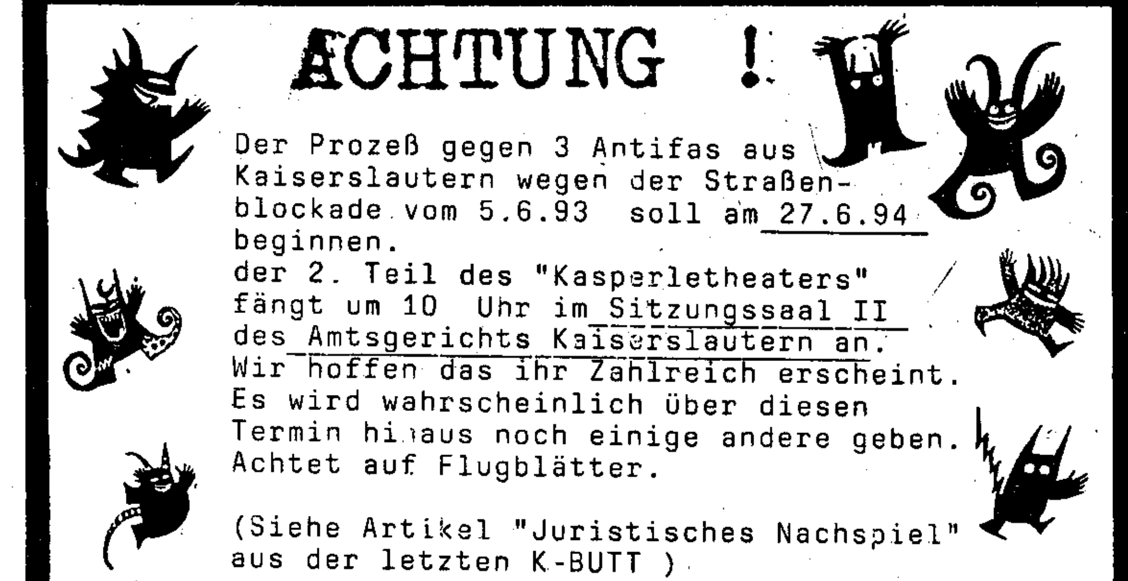
Meldet euch!!!

v.i.s.d.p.:
conni kramer
glockenstr.175
67655 K'lautern

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder







ACHTUNG !

Der Prozeß gegen 3 Antifas aus Kaiserslautern wegen der Straßenblockade vom 5.6.93 soll am 27.6.94 beginnen.
der 2. Teil des "Kasperletheaters" fängt um 10 Uhr im Sitzungssaal II des Amtsgerichts Kaiserslautern an.
Wir hoffen das ihr Zahlreich erscheint.
Es wird wahrscheinlich über diesen Termin hinaus noch einige andere geben.
Achtet auf Flugblätter.

(Siehe Artikel "Juristisches Nachspiel" aus der letzten K-BUTT)



Hasenzüchtervereine...

interessieren die lokale Presse mehr als antifaschistische Politik in Kaiserslautern.
So war dann in der Rheinpfalz und im Wochenblatt nichts zu lesen von den insgesamt 7 Veranstaltungen, die im Rahmen der Antifaschistischen Woche unter dem Motto "Repression und Widerstand - gestern und heute" vom 21. bis 29.4. stattfanden.

Man und frau könnte jetzt Spekulationen anstellen, warum die von der Woche unterrichteten Medien keine Not wendigkeit darin sehen, die Bevölkerung von Kaiserslautern über antifaschistische Politik jenseits von Parteienpropaganda zu informieren. Aber wir überlassen es den BesucherInnen der Veranstaltungen und der "aufgeklärten kritischen Öffentlichkeit" sich selbst eine Meinung darüber zu bilden.

Trotz der ignoranten Presse ist es gelungen, viele interessierte Menschen für die verschiedenen Veranstaltungen zu mobilisieren. (Wären wir zynisch, müßten wir uns bei der RP dafür bedanken, daß sie nicht auf die Veranstaltungen hingewiesen hat - sonst wären ja zu viele Leute gekommen und der Platz hätte nicht ausgereicht.)
Dabei hat uns schon überrascht, daß so viele unterschiedliche Leute das Angebot der Woche angenommen haben und es nicht immer "die selben" waren. Insgesamt können wir sagen, daß ca. 400 Menschen unterschiedlichen Alters die verschiedenen Veranstaltungen besucht haben. Was noch als weiteres positives Ergebnis gewertet werden kann, ist, daß nach den jeweiligen Vorträgen lebendige Diskussionen stattfanden, die, so hoffen wir, die Eine oder den Anderen ermutigt haben, selbst aktiv der politischen Entwicklung "dieses unserem Landes" etwas entgegen zu setzen.
Für uns, die wir diese Woche organisiert haben, war sie auf jeden Fall ein Erfolg. An dieser Stelle möchten wir uns nochmal bei allen bedanken, die diese Woche ermöglicht haben:
- bei den ReferentInnen, die zugunsten der kriminalisierten AntifaschistInnen auf ihr Honorar verzichtet haben:
- Gerda Szepansky, Emil Carlebach, Ulrich Schneider, der UnterstützerInnengruppe Berlin
- dem Pahl Rugenstein Verlag

- den TrägerInnen der Woche
- und besonders den Frauen vom Lokal Kolorit

Redebeiträge der Demonstration "Gegen die Kriminalisierung von Antifas" vom 23.04.94

ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN Folge 2.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, dem Sieg des Imperialismus über den sogenannten realen Sozialismus fiel auch hier das monströse Propagandabild des Feindes von außen weg. Als Ersatz dafür suchten sich die Herrschenden immer neue Feinde im Inneren. Zuerst waren es nur die Flüchtlinge, die meistens vom wirtschaftlich vom Westen ausgebeuteten Süden hierher kamen, um einen sicheren Platz zum Überleben zu finden. Sie wurden und werden weiterhin als Schmarotzer und Kriminelle gebranntmarkt. Nicht nur die sogenannten Rechtsextremisten, sondern vor allem die herrschenden Parteien starteten eine Propagandaschlacht, die als Asyldebatte verniedlicht wurde, die 1. Teilen der Bevölkerung die Legitimation erteilte, Flüchtlinge und AusländerInnen mit einer Terrorwelle zu überziehen, mit dem Resultat von bis heute 75 Ermordeten, und 2. den Artikel 16 des Grundgesetzes faktisch abzuschaffen und eine Mauer um Europa aufzubauen, wo kaum ein Flüchtling durchkommt. Zusätzlich wurden Gesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz geschaffen, um Flüchtlingen den Aufenthalt in der BRD so unangenehm wie möglich zu machen. Als weitere Steigerung und Ausbreitung von Ausgrenzung dient z.B. die Diskussion um Ausländerkriminalität und ausschließlich von Ausländern betriebenen Mafiaorganisationen. Wieder werden Menschen stigmatisiert und Grundrechte, nicht nur von Nichtdeutschen, abgebaut und eine Hetze weiterbetrieben, die immer wieder der deutschen Bevölkerung anzeigt, wo der Feind im eigenen Land steht.
Die Debatte um die innere Sicherheit dient einzig und allein dazu, der Bevölkerung einzureden, daß sie bedroht ist und einen starken Staat braucht, der sie als deutsche Normalbürger verteidigt. Das zeigt nicht zuletzt die Repression gegen Kurden und Kurdinnen, die hier in ihrer Gesamtheit als TerroristInnen bebranntmarkt werden sollen. Ihnen werden ihre kulturellen Zusammenhänge durch Verbote geraubt, die sie zusammenhalten, um im feindlichen Hinterland überleben zu können. Über das Verbot ihrer ihrer Organisationen werden die bedingungen geschaffen, immer mehr Nichtdeutsche ausgrenzen und abschieben zu können. Sie haben als erste aber wohl kaum letzte Gruppe ihr gastrecht verwirkt, wie deutsche PolitikerInnen das auszudrücken pflegen. Doch auch die Debatten über behinderte Menschen und Sozialleistungsabhängige werden immer menschenverachtender weitergesponnen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen sollen über gemeinnützige Arbeiten für minimales Entgeld und Androhung von Leistungskürzungen beschäftigt werden. Wir nenne das Zwangsarbeit. Eine Zwangsarbeit,k die in Gestze gegossen doch sehr an den Reichsarbeitsdienst im Nazideutschland erinnert.
So wird ein nationaler Konsens geschaffen, der nicht zuletzt den deutschen ArbeiterInnen die durch Kurzarbeit, Lohnsenkung und den Abbau betrieblicher Rechte gesenkten Häupter wieder heben soll. Das Gefühl, nicht nur getreten zu werden, sondern auch treten zu dürfen. Daß diese Rolle hier immer noch gerne angenommen wird, zeigen rassistische Massenangriffe wie in Mannheim-Schönau und Rostock (übrigens, der Mob, der dort wütete, blieb wie immer straffrei), genauso wie die Mordanschläge und organisierten Aufmärsche sogenannter "perspektivloser Eizeltäter".
Gefördert wird diese Entwicklung, um es noch einmal klar zu sagen, nicht vom sogenannten Rechten Rand, sondern aus der Mitte unserer Gesellschaft. Geschichtsverdrehungen, wie sie heute alltäglich sind, z.B. die Vergleiche von NS- und sogenannten Stasi-Staat, verharmlosen den Völkermord und die vernichtungspolitik der Nazis genauso wie das Urteil des Bundesgerichtshofes, das im Verbreiten der Leugnung des Holocausts keine Volksverhetzung sieht. Solche Urteile schaffen die Stimmung für einen gesteigerten Geschichtsrevisionismus, genauso wie für weitere Anschläge, wie sie in Lübeck geschehen sind. Die Weigerung des deutschen Staates, sich mit seiner eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, schafft die Voraussetzung für das Erstarken der faschistischen Bewegung hier.

Keine Kriminalisierung von AntifaschistInnen

Dazu gehören nicht nur die schlimmen Folgen des Bitburg-Besuches von Reagan und Kohl 1986 mit der Verbeugung vor SS-Gräbern oder der sogenannte Historikerstreit, mit dem der Geschichtsrevisionismus seine Wiedergeburt feierte, sondern auch und vor allem die Kontinuität im Denken und Handeln von Polizei und Justiz in der BRD. Genauso wie in der Weimarer Republik oder auch im NS-Staat steht der Feind immer noch zuerst links. Hier ein paar Beispiele aus den letzten drei Jahren: In Rostock belagern Faschisten umringt von Jubelbürgern ein Flüchtlingsheim. Es werden Brandsätze auf das Haus geworfen bzw. das haus direkt angezündet, während sich noch Menschen darin befinden. Die Polizei hatte sich frühzeitig zurückgezogen. Die Tage davor lieferten sich Straßenfaschisten lange Gefechte mit einer schlecht ausgerüsteten Plizei gruppe. Martialisch mit Hubschraubern und Sondereinsatzkommandos traten die Hüter der inneren Sicherheit erst auf, als Antifas eine Woche danach eine Gegendemo machten. In Fulda konnten die Straßenfaschisten sich letztes Jahr versammeln, ohne daß die Polizei eingriff. Diese war damit beschäftigt, Antifas, die den Faschisten folgten und den sogenannten Rudolf-Hess-Marsch verhindern wollten, abzufangen. Im Januar 93 konnten sich die Straßenfaschisten der Deutschen Alternative unbehelligt in Mainz treffen, während die Polizei nichs besseres zu tun hatte, als im gesamten Stadtgebiet Antifas zu jagen, nachdem eine Handvoll Faschisten durch Antifas gestellt und leicht verletzt wurden. Die Bullen verhafteten Gunther und hielten ihn mit Hilfe der Justiz 5 Monate in Untersuchungshaft. Als Grund für diese Maßnahme gab der Untersuchungsrichter bekannt: Es bestehe Verdunkelungsgefahr, da Gunther einer antinationalen, sozialistischen Gruppe angehöre. Nicht allein diese Aussage gibt Einblick in die Ideologie der Rechtsprechenden. Diese Bestimmung kommt nicht aus dem Nichts.
Ein Blick in die Geschichte dieses Staatswesens läßt genaueres erkennen. So wurde der Justiz- und Polizeiapparat unter Beteiligung von SS-Schergen, Richtern und Staatsanwälten der NS-Diktatur, die nichts anderes als Kriegsverbrecher waren, wiederaufgebaut. Allein 828 Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter sowie 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes (früher Gestapo) arbeiteten nach Ende des Krieges in der demokratischen BRD auf gleichen oder ähnlichen Positionen wie im Faschismus, obwohl ihnen Kriegsverbrechen nachgewiesen wurden. In den 50er Jahren wurde ein sogenanntes Huckepackverfahren eingeführt, nach dem für einen unbelasteten Richter jeweils ein belasteter eingestellt wurde.
Anfang dieses Jahres, nach seinem Tod, wurde bekannt, daß der Staatsrechtler und ehemaliger Kultusminister Bayerns Theodor Maunz in seinen letzten Lebensjahren die Rechtsberatung der faschistischen DVU übernommen hatte. Maunz schrieb unter anderem mit seinem Schüler und jetzigen Verfassungsgerichtsvorsitzenden, Roman Herzor; einen immer noch auf dem Lehrplan stehenden Kommentar zum Grundgesetz der BRD. Vor 45 war genau dieser Theodor Maunz einer der Väter des Ermächtigungsgesetzes, welches die Grundlage war, auf der die Gestapo entstand, folterte und mordete. Wir wissen, daß die meisten dieser Schreibtischtäter schon lange unter der Erde sind, doch gaben sie ihre "Erfahrungen", unterstützt durch den erbarmungslosen Antikommunismus der 50er und 60er Jahre, an ihre Nachfolger und Schüler weiter. So schufen diese die Strktur, auf der hier und jetzt verhaftet, abgeurteilt und eingeknastst wird, ohne daß die Nazivergangenheit ernsthaft aufgearbeitet wurde. So wird das Verbot der Zusammenarbeit von Geheimdiensten in der BRD, was auf den historischen Erfahrungen mit der Gestapo im Hitlerfaschismus basiert, heute wieder unterlaufen. In der sogenannten Koordinierungsgruppe Terrorrismus (kurz KGT) ziehen heute wieder der BND (Bundesnachrichtendienst), Verfassungsschutz und das BKA an einem Strang. Daß dabei nur altbekanntes herauskommen kann, zeigt der wahnwitzige Terroreinsatz der GSG 9 in Bad Kleinen, bei der Wolfgang Grams geselbstmordet wurde. Bad Kleinen hat gezeigt, daß sich in diesem Land wieder ein Machtapparat aufbaut, der keine öffentliche und parlamentarische Kontrolle mehr zu fürchten braucht. Dies ist eine Entwicklung, bei der mensch nicht mehr sagen kann, wehret den Anfängen, sondern macht den ganzen endlich ein Ende.
Stop aller Ermitlungsverfahren gegen AntifaschistInnen
Freiheit für alle politischen Gefangenen





Demo-Rede von Bernd

Die Haltung von Polizei und Gerichten ist mittlerweile mehr als bedenklich geworden. Bisher haben sie nie einen ernsthaften Versuch unternommen, faschistische Strukturen gründlich zu zerschlagen, während auf der anderen Seite Prozesse gegen AntifaschistInnen konstruiert werden. Das Verhalten der Gerichte hat nicht einmal die herrschende bürgerliche Ideologie von "linksextrem ist gleich rechtsextrem" widergespiegelt: stets wurden faschistische Terroristen als Einzeltäter verharmlost, während bei Linken der unterstellte Ankauf eines Weckers für eine Verurteilung nach §129a Unterstützung einer terroristischen Vereinigung oder Werbung für diese ausreichte. Der Grund hierfür ist schließlich ein materieller. Im Falle einer faschistischen Machtübernahme hätten Richter und Polizisten nur in wenigen Fällen mit ihrer Absetzung zu rechnen. Anpassung ist möglich. Im Falle einer sozialistischen Machtübernahme wären sie ihrer Privilegien los. Als Anfang der 80er Jahre Kühnens Ans/Na und die Wehrsportgruppe Hoffmann auf terroristische Aktivitäten setzten, wurde ihnen ein wenn auch ungenügender Riegel vorgeschoben. Das ist heute anders. Die blitzschnelle Freilassung der Einblick-Verantwortlichen (Oder die "Nichtverhaftung" der Straßenfaschos, die in Magdeburg ihren deutschen"Herren"tag zelebrierten, oder der Fall der angeblich zu schnell "abgetauchten" Faschoschläger in Halle.....;aktuelle Ergänzungen durch den Schreiberling), der erfolgte Freispruch von zwei Skins mangels Beweise, die einen Behinderten brutal ermordet hatten- das zeigt, daß in weiten Teilen der Justiz die faschistische Gefahr nicht nur verharmlost wird.Es zeigt vor allem erst einmal, daß die Ermordung und das Terrorisieren von ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Behinderten, Linken als Kavaliersdelikt gesehen werden. Anzeichen für den erschreckenden Rechtsruck gerade in den herrschenden Kreisen, die sich auf größere Konfrontationen mit den unteren Schichten und Klassen vorbereiten. Es zeigt aber auch, daß zumindest Teile des Staatsapparates nicht einmal

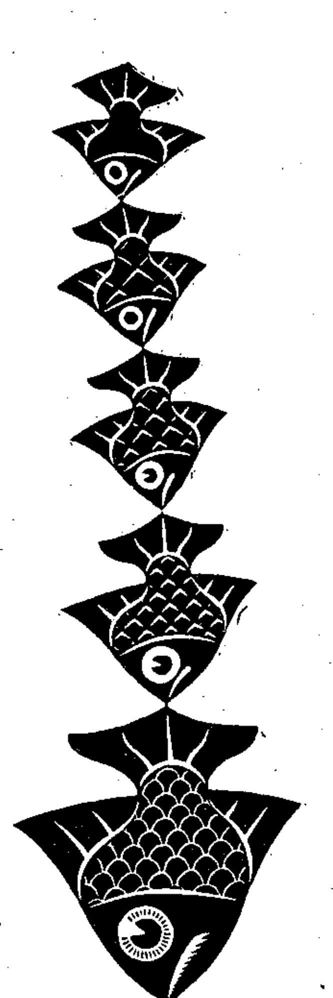
jenen faschistischen Gruppen entgegentreten wollen, die über ihre bisherige Funktion als Nachbrenner bürgerlicher Politik hinausgehen.
Noch eindeutiger zeigt sich dieser Trend in der Polizei. Diese hat jedem Pogrom tatenlos zugesehen und nachher demonstrierende AntirassistInnen zusammengeknüppelt. In Fulda wurde nach der Devise "Straße frei den braunen Bataillonen" vorgegangen. An dieser Einschätzung ändern auch ein paar lustlos ausgeführte Verbote nichts. Letzter Höhepunkt war die brutale Zerschlagung einer Demonstration gegen den Schönhuber-Auftritt in Hannover. Hier verselbständigte sich die Polizei sogar von der Politik:
trotz der Anweisung zur Deeskalation wurde sofort losgeknüppelt, ohne Vorwarnung wurde im scharfen Trab in die Demonstration geritten. Diese Verselbständigung kann noch nicht verallgemeinert werden, deutet aber einen Trend an.
Diese Rechtsentwicklung im bürgerlichen Spektrum hat dem Erstarken der rechtsextremen und faschistischen Kräfte Vorschub geleistet. Diese konnten im Westen auf Wahlebene und im Osten auf der Straße zu einem eigenständigen Faktor werden und sogar erste Schritte in Richtung einer Bewegung machen. Anders als im Falle der Linken kann die radikale rechte auf eine ungebrochene Kontinuität zurückschauen. Dies betrifft nicht nur die massenhafte Übernahme von NS-Beamten in den BRD-Staat. Auch faschistische Organisationen und Kader konnten sich halten. Vor allem mit dem Rückenwind der Asyldebatte in den Segeln konnten die organisierten Faschisten zeitweise zu einer rechten Avantgarde werden, die durch direkte Aktion die öffentliche Meinung massiv nacht rechts bewegte. Ohne Hoyerswerda und Rostock hätte es wohl keinen Asylkompromiß gegeben.
Doch der Terror blieb nicht unwidersprochen. schon nach Hoyerswerda demonstrierten 5000. Es gab zwar beeindruckende Mobilisierungserfolge, aber keine Strukturen, die kontinuierliche Arbeit und Politisierung ermöglicht hätten. So war es dann auch

möglich, daß die Lichterkettenbewegung einen zumindest zwiespältigen Charakter annahm. Sie waren nicht nur Ausdruck der Haltung bestimmter bürgerlicher Kreise, die ihre wirtschaftlichen Interessen im Ausland gefährdet sahen oder vor dem Terror selber Angst bekamen. Sie hätten nie so unpolitisch sein können, wenn nicht das antirassistische Bewußtsein der breiten Masse der deutschen Bevölkerung sehr niedrig wäre. Durch ihre bewußt unpolitische Ausrichtung verhinderte sie jedoch eine Weiterentwicklung. Der nächste Aufschwung kam nach den Morden in Solingen. Jetzt beteiligten sich auch vor allem türkische ImmigrantInnen an den Demonstrationen. Es bestand die Chance einer wirklichen Antirassismus-Bewegung. Sie wurde vertan. Nur an wenigen Orten gelang es, antirassistische Einheitsfronten zu schaffen, die die reale Immigration einbezogen. In den meisten Fällen war die Haltung der Linken, daß man mit Nationalisten nicht gegen Rassismus demonstrieren könnte. Jeder Versuch Bewußtsein zu verändern, wurde vorerst aufgegeben und durch die Demonstration sogenannten richtigen Bewußtseins ersetzt. Darüber hinaus wurde durch die Ablehnung einer gemeinsamen Front aller Betroffenen genau das Gegenteil erreicht: vom türk. Staat ausgehaltene Chauvinisten hatten in weiten teilen der Immigration freie Hand.
Worin liegen die nächsten Aufgaben?
Die Wahlerfolge oder -niederlagen der rechtsextremen Parteien werden eine größere Rolle spielen. hinzu kommt eventuell eine erneute Debatte über

das Ausländerrecht. das heißt, daß die frage der Wahlen, des Wahlrechts und der bürgerlichen rassistischen Propaganda eine vorrangige Rolle spielen wird. Gegen die wahlkämpfende Rechtsextremen gilt es, Bündnisse zu schaffen,die versuchen, deren Propaganda zu verhindern: Aktionen bei Ständen, Aufklärungsveranstaltungen in Schulen und Betrieben und Protestdemos gegen Wahlkampfveranstaltungen der Rechten. Gleichzeitig sollten wir Alternativen zu den populistischen Parolen der rechten aufzeigen. In der Frage des Ausländerwahlrechts könnte ein "Ausländerwahlkampf" geführt werden, Bündnis mit allen Kräften, die diese Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht für ImmigrantInnen vertreten, Wahlprüfsteine in Sachen Rassismus erstellen. dabei sollte auch die soziale Lage von Flüchtlingen ein zentrales Thema sein. Beim Widerstand gegen Terrorgruppen sind zwei Dinge nötig. Einerseits die Selbstorganisation und möglichst große Unterstützung Betroffener, also Menschen, die auf schwarzen Listen stehen oder terrorisiert werden. Der Protest muß möglichst breit angelegt sein und um konkrete Forderungen und Aktionen wie Selbstschutz bedrohter Einrichtungen, Transparenz und konsequente Durchführung polizeilicher Ermittlungen gesammelt werden. Es gilt auch, linke Zusammenhänge besser zu schützen und Sicherheitsfragen ernster zu nehmen. Schließlich muß weiterhin eine offene Debatte über das "wie weiter" in der antifaschistischen Bewegung geführt werden.



Veranstaltung : "Frauen leisten Widerstand"



Der Beitrag von Gerda Szepansky zur Antifa-Woche "Frauen leisten Widerstand" hat für mich den Begriff "Widerstand leisten" in ein ganz anderes Licht gerückt. Bisher habe ich bei dem Wort Widerstand unweigerlich an ihn in seiner bewaffneten und organisierten Form gedacht, doch daß Widerstand schon mit ganz kleinen, alltäglichen und unscheinbaren Dingen beginnt, habe ich dabei ganz außer Acht gelassen.

Gerda hat von Frauen gesprochen, die neben dem organisierten auch den "alltäglichen" leisteten. Mit alltäglichen Widerstand meine ich den, den mensch "unbewußt" leistet. Sich einfach menschlich gegenüber Anderen bzw. Hilfsbedürftigen zu verhalten, von der inneren Überzeugung aus sehen, daß mensch einem/r Hilfesuchendem/r diese nicht verweigern kann und darf.
Gerda sprach z.B. von einer Frau, die ihren jüdischen Freund versteckt hielt. Diese Frau konnte und wollte nicht akzeptieren, daß sie nicht wie ein "normales" Paar mit ihrem Freund Hand in Hand im Park spazieren gehen konnte. Sie lebte in einem Haus, in dem mehrere Familien wohnten; unter ihnen waren, wie überall, Nazi-SympatisantInnen. So mußte sie in ständiger Angst leben, weil diese sie zu jeder Zeit hätten denunzieren können. Diese Frau leistete keinen Widerstand im herkömmlichen Sinn, sondern Widerstand aus Liebe zu ihrem Freund. Sicher war ihr bewußt, welche Gefahr sie damit einging, aber welche Frau (oder Mann) hätte in so einer Situation anders reagiert?
Was Gerdas Vortrag noch anschaulicher gemacht hat, waren ihre Schilderungen über das Verhalten ihrer Familie. So hat ihre Mutter z.B. Zwangsarbeiterinnen, die in Fabriken ohne Lohn (nur für wenig Essen) arbeiten mußten, hin und wieder im Vorbeigehen Woll-Socken zugesteckt. Den Arbeiterinnen hat das, wenn auch nur für kurze Zeit, die kalten Wintertage ein wenig erleichtert. Schon durch diese Tat hätte sie, wäre sie erwischt worden, als Staatsfeindin bloßgelegt, aber das hatten die Frauen zu dieser Zeit verdränt, oder zumindest nur unbewußt wahrgenommen.
Gerda bezeichnet auch das als Widerstand, worin ich ihr Recht geben muß.

Das Haus, in dem Gerda mit ihren Eltern lebte, wurde im Krieg völlig zerstört, und so mußten sie zunächst in einer Massenunterkunft, eine Turnhalle, leben, konnten nach einiger Zeit aber zu Verwandten ziehen. Auch da erlebte sie den "unbewußten" Widerstand: Wenn in dieser Zeit jüdische NachbarInnen bei ihnen anklopften und um eine Unterkunft baten , war es selbstverständlich, ihnen diese zu gewähren. Bei den Meisten überwog die Angst vor Bestrafung die Nächstenliebe und Solidarität. Ist nicht das, was Gerda hier beschrieben hat, der eigentliche Widerstand ? Jede/r von uns sollte sich mal fragen, wie er/sie sich in einer solchen Zeit verhalten hätte. Hätte nicht bei einigen von uns die Angst überwogen? Hättest du Verfolgten Unterschlupf geboten? Bisher habe ich mir solche Fragen noch nicht gestellt, aber nach Gerdas Vortrag stelle ich, die sich als Linke bezeichnet, mir diese Fragen. Jetzt ist es ganz einfach, zu sagen: "Na klar hätte ich das gemacht!", aber noch niemand von uns hat sich in solch einer Situation befunden.

Ich möchte Gerda danken, daß sie mich zum Nachdenken gebracht hat über etwas, worüber ich bis jetzt noch nicht gegrübelt hatte.

x: Unter "unbewußtem" Widerstand verstehe ich Widerstand ohne politisches Motiv, sondern aus ethischen oder moralischen Gründen.

Demo-Rede der ALTERNATIVEN Organisation der AntifaschistInnen (AOdA)

Deutschland '94. Ein Land im Aufbruch, im Aufbruch nach rechts. Heute werden wieder Sündenböcke gesucht für die schlechte politische und soziale Lage in diesem Land. Sei es die Repression gegen AusländerInnen, gegen Frauen, gegen AntifaschistInnen, sei es das ewige Schönreden der politischen Situation oder die Legitimierung von Rechtsextremisten, in diesem Land geht mal wieder etwas Alarmierendes vor, und das nicht erst seit heute. Faschismus und Repression haben Kontinuität in der brd.

Deutschland '94. Wieder brennen jüdische Synagogen, wieder werden AusländerInnen angegriffen und Linke tyrannisiert. Heute ist es kein großer Skandal, zu bekennen, daß man Antisemit ist. Drohbriefe können wieder mit Namen unterschrieben werden. KurdInnen werden abgeschoben, weil Regierung und Wirtschaft Angst haben, Verdienste für Waffenkäufe zu verlieren. Und der Bevölkerung werden die Augen zugeklebt mit Behauptungen, daß man überprüft hätte, daß die Türkei keine Maßnahmen gegen die abgeschobenen Kurden ergreifen würde.
Auch die etablierten Parteien schüren heute gezielt Angst vor AusländerInnen, die "Boot ist voll"-Theorie ist mittlerweile schon in weiten Teilen der SPD zu finden. Vorurteile werden verbreitet und damit die Grundlage für faschistische Angriffe geschaffen. Heute heißt es oft, daß AusländerInnen den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Für wie viele Arbeiten sind sich die Deutschen viel zu fein, die unsere ausländischen MitbürgerInnen erledigen müssen? Wie viele ArbeitgeberInnen stellen viel eher Deutsche als AusländerInnen ein, zumal laut Arbeitsförderungsgesetz Stellen vorrangig an Deutsche zu vergeben sind? Es heißt, AusländerInnen seien krimineller als Deutsche. Vielen AsylantInnen bleibt oft gar nichts anderes übrig, als z. B. schwarz zu arbeiten, da sie mit sehr wenig Geld auskommen müssen, legal arbeiten dürfen sie ja die ersten 2 Jahre nicht. Zudem werden AusländerInnen auch allemal eher verdächtigt als Deutsche. Außerdem sind 20 % der "Straftaten" Delikte, die Deutsche gar nicht begehen können, wie z. B. Asylmißbrauch.
Es ist oft zu hören, daß AusländerInnen den Deutschen die Wohnungen wegnehmen. Da der Mietwucher die AusländerInnen noch viel mehr betrifft als Deutsche, sind viele Wohnungen, die für Deutsche allenfalls Standard sind, für AusländerInnen gar nicht erschwinglich. Und Vermieter vermieten ihre Wohnungen meist sowieso eher an Deutsche. Also sind gerade AusländerInnen von der Wohnungsnot sehr stark betroffen. Schuldig sind viel eher die Wohnungsspekulanten, die zur Mietpreiserhöhung gezielt Wohnungen leerstehen lassen, und die deutsche Regierung, die immer noch mehr Geld in die Rüstung als in den sozialen Wohnungsbau steckt.

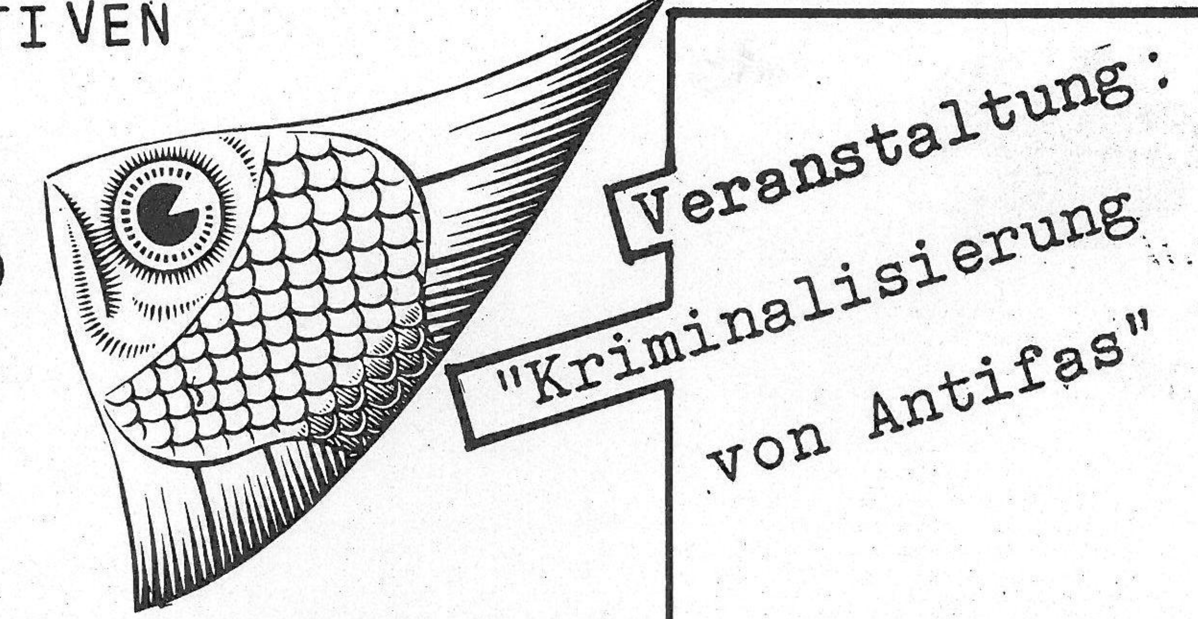
Doch nicht nur AusländerInnen und MigrantInnen trifft die staatliche Repression. Linke werden zunehmend kriminalisiert, AntifaschistInnen und politische engagierte MigrantInnen in ein kriminelles Umfeld gerückt. Für Innenminister Kanther steht der Feind heute immer noch links. Auch dadurch wird Angst geschürt vor antifaschistisch denkenden Leuten, da ist dann bei einer friedlichen Straßenblockade in der Rheinpfalz von "Autonomen" die Rede, und die AktivbürgerInnen wünschen sich die "gute, alte Zeit" zurück, als es noch Arbeitslager gab. Die Repression trifft jedeN, der/die anders aussieht oder anders denkt.

Deutschland '94. Die großen Parteien rücken nach rechts, statt Antinaziaktionen gab es nach den Brandanschlägen eine Verschärfung des Asylparagraphen. Die Parteien beugen sich dem rechten Mob und legitimieren ihn. Rechte Parteien werden anerkannt, zwar offiziell ausgegrenzt, aber nicht verboten. Dagegen scheinen Kohl und Co. nur auf kleinere Anlässe zu warten, um noch härtere AusländerInnengesetze zu fordern, wie z. B. nach den Kurdendemonstrationen. Die politische Linke in Deutschland wie z. B. die PDS soll, geht es nach Teilen der CDU, verboten werden, weil der imaginäre potentielle Feind ja von links kommt. Die PDS wird ständig verurteilt, Stasi-Akten werden durchwühlt, um die PDS in das selbe Licht wie die SED zu rücken. Hier findet jetzt eine enorme Vergangenheitsbewältigung, besser Vergangenheitsverurteilung statt, teils, um von der eigenen Scheißpolitik abzulenken, teils, um der Linken den Garaus zu machen. Daß die eigene Vergangenheitsbewältigung im Westen praktisch nicht stattgefunden hat, daß z. B. große Teile der Nazirichter nach 1945 wieder eingestellt wurden, interessiert nicht mehr, denn, Helmut sagte es ja am Tag der deutschen Einheit, "Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen".
Gerade die CDU hat auffallende Tendenzen nach rechts entwickelt. Da werden immer noch veraltete Werte wie Patriotismus gefordert, obwohl mensch ja weiß, daß die Deutschen - und nicht nur die - mit diesem völlig überholten Begriff nicht umgehen können. Nur 3 Beispiele für die Annäherung des Konservativismus an den Rechtsextremismus: Da veranstaltet ein CDU-Politiker in Pforzheim ein Revisionistentreffen, um das "Deutsche Gewissen" von Schuld reinzuwaschen und die Existenz von Gaskammern im KZ Ausschwitz in Frage zu stellen. Anwesend waren auch Neonazigrößen wie der englische Pseudohistoriker David Irving und Altfascho Ernst Zündel. Da sagt Wolgang Schäuble auf einem Burschenschaftstreffen in Erfurt genau das, was die Rechtsextremisten hören wollen, nämlich, daß Erfurt in der Mitte Deutschlands liege. Da nennt REP-Depp Schönhuber den Vorsitzenden des Zentralrats der Deutschen Juden, Bubis, öffentlich einen Volksverhetzer und wird ob dieser Bemerkung nicht verklagt, wogegen kurz darauf deutsche Gerichte beschließen, daß solche Verleumdungen keinen Straftatbestand darstellen. So öffnet man den Nazis Tür und Tor. Und dann die Gerichte, die neonazistische Straftaten immer wieder als Jugendstreich darstellen. In allen Institutionen wird der Rechtsextremismus legitimiert.

Deutschland '94. Der Wahlkampf tobt. Das bedeutet: gegenseitige Beschuldigungen statt Politik, gerade die CDU reitet auf den Beziehungen der SPD zur ehem. DDR in der Brandt-Ära herum. Anstatt Lob über die damalige Entspannung der deutsch-deutschen Beziehungen Mutmaßungen über Kontakte der SPD zur Stasi.
Im Wahlkampf kommt so richtig gut die Machtgeilheit der Politiker zum Ausdruck. Da werden populistische Themen angeschnitten, um die Bevölkerung nicht zu vergraulen. SPD und CDU nähern sich immer mehr an, dem Wähler bleibt fast keine Wahl mehr.

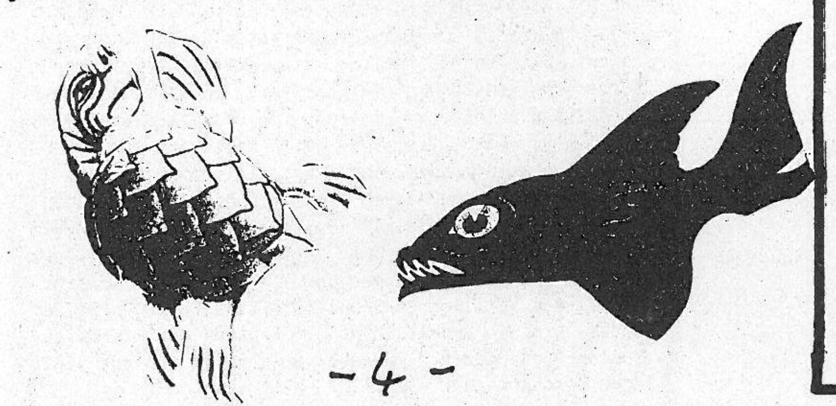
Deutschland '94. Der Sozialstaat in Not. Die Arbeitslosenzahlen sind hoch wie nie in der Bundesrepublik. Ernüchterung macht sich breit nach der Euphorie, die die deutsche Einheit brachte. In Westdeutschland ist jeder Zwölfte, im Osten fast jeder Sechste arbeitslos. Die PolitikerInnen versuchen, die Situation schönzureden und einen Aufschwung herbeizubeschwören. Die Realität sieht anders aus. Die Leute erhoffen sich von einem Aufschwung den Gewinn von Arbeitsplätzen, doch sie werden enttäuscht werden. Die Rationalisierung ist so weit fortgeschritten, daß Arbeitsplätze für den Unternehmer nur unnötige finanzielle Last sind. Außerdem verlagern viele Firmen die Produktion ins viel billigere Ausland, vor allem seit der Aufhebung der Zollschranken in der EU. Die Unternehmerschaft muß sich fragen lassen, wo der ganze Gewinn des letzten Konjunkturhochs geblieben ist.
Mit der wirtschaftlichen Krise beginnt für viele der soziale Abstieg. Die Armut wächst, eine große Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit machen sich breit. Die Wut auf die PolitikerInnen wird von diesen umgelenkt auf die AusländerInnen mit Vorurteilen, daß die AusländerInnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Perspektivlosigkeit wandelt sich immer mehr in Haß. Die Entwicklung zur Zweiklassengesellschaft ist unverkennbar. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.

Kaiserslautern '94. Auch in unserer Stadt gibt es große Probleme. Kaiserslautern hat eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, als Industriestadt hat Kaiserslautern sehr stark unter Rationalisierung von Opel und Pfaff zu leiden. Die Zahl an Obdachlosen steigt stetig an.
Die "hohen Tiere" von Kaiserslautern setzen sich Denkmäler, obwohl das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Statt Jugendeinrichtungen einen Pfalztheaterneubau, damit sich die Bonzen gut unterhalten können, statt einem Selbstverwalteten Zentrum einen Busbahnhof. An Bildung wird gespart, Rose Göbbels macht es mit ihrer MSS-Reform vor. Mit unsinnigen Mitteln wird versucht, unser Provinznest zur Großstadt zu machen.
Kaiserslautern '94. Auch hier Nazis. Auch hier organisiert. Da gibt es hier einen Ableger der Wiking-Jugend, ein Nazisammelbecken ist z. B. die Kneipe "Stellwerk 2000" in Hochspeyer. Auch hier muß man Angst haben. Auch hier werden Naziangriffe von Gerichten als "Jugendstreich" abgetan, wie z. B. bei einem Angriff von 5 Nazischlägern auf einen Franzosen. Auch hier schaut die Aktivbürgerschaft weg, wenn ein Antifaschist am Schillerplatz aus dem Bus geschlagen wird. Auch hier gibt es nach Fußballspielen oftmals die berühmt-berüchtigte "3.Halbzeit", in der Jagd auf AusländerInnen und Linke gemacht wird.
Die Rheinpfalz vertuscht faschistische Aktionen und hetzt gegen AusländerInnen, z. B. durch eine richtiggehende Anti-AlbanerInnen-Kampagne, und auch sie beteiligt sich an der Kriminalisierung von AntifaschistInnen, indem sie z. B. demonstrierende Menschen als Linksextremisten abstempelt und dadurch Klischées und Vorurteile schafft. Die bekannteste Schickeriazeitschrift in KL, T5, verbreitet sexistische und frauendiskriminierende Meinungen.
Kaiserslautern '94. Die Jugendarbeit ist miserabel, ein Selbstverwaltetes Zentrum fehlt, die Jugendlichen werden in Einrichtungen, die eigentlich für sie gedacht werden, von SozialarbeiterInnen überwacht.
Als AndersaussehendeR oder -denkendeR wird man täglich beschimpft und angepöbelt. Auch hier werden die Linken denunziert und kriminalisiert. In diesen Zeiten hat man es schwer. Sei es der Nazimob auf der Straße oder der Staat in seinen Palästen, man hat es nicht leicht in diesem Land. Doch wir lassen uns nicht unterkriegen. DER KAMPF GEHT WEITER!!!



Veranstaltung: "Kriminalisierung von Antifas"

Im Zusammenhang mit der Antifawoche, Repression und Widerstand früher und heute, fanden zwei Veranstaltungen zur Kriminalisierung von Antifas statt. Während es bei der einen um die Kriminalisierung von MigrantInnen in Berlin im Zusammenhang mit der Tötung des DL Kaders Kaindl ging, war die andere Veranstaltung auf Kriminalisierungsversuche bezogen, die direkt Menschen aus Kaiserslautern betrifft. Im Vergleich zu den anderen Veranstaltungen innerhalb der Antifawoche, wo es eher um geschichtliches Wissen und dessen Vermittlung ging, waren deutlich weniger Menschen da. Auch die Demo, bei der es uns vor allem darum ging, auf die Anti-Antifapolitik des BRD-Staates durch Kriminalisierung von aktiven Antifas aufmerksam zu machen, erschienen nicht so viele Menschen. Wir wollten bei der Demo auch auf weitergehende Zusammenhänge(z.B. die Situation von KurdInnen hier und in NW-Kurdistan, die Zwangsmaßnahmen gegen SozialhilfeempfängerInnen u. Arbeitslose) aufmerksam machen, die die Politik der Herrschenden gegen die hier Deklassierten kennzeichnet. Wir sehen den antifaschistischen Widerstand als Parteinahme für die Menschen, die hier ihrer Rechte und/oder ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Daraus wird auch klar, daß bei den entpolitisierten Betroffenheitskundgebungen, die größtenteils von einem bürgerlichen Konglomerat organisiert wurden, dem es nur um das Beweinen und die Funktionalisierung von Opfern ging, jeweils mehr Menschen waren. Die Solidarität mit den Menschen, die für sich diese Opferrolle ablehnen und sich der immer gefährlicher werdenden Entwicklung in den Weg stellen, bleibt nicht nur in dieser Stadt den Menschen vorbehalten, die sich nicht darauf ausruhen, sich jederzeit hinter ihrem Deutschsein (vom Aussehen und vom Paß her) verstecken zu können, und daß sind nun mal wenige. Noch nicht einmal die Menschen, die diese Woche unter-stützen und teilweise mit-organisierten, schienen es als not-wendig anzusehen, sich mit der Kriminalisierung von Antifas auseinander zusetzen.
Es ist aber Tatsache, daß den Menschen, die die Position dieser deutschen, kritisierenden ZuschauerInnen verlassen und auf Demos fahren, bzw. versuchen Faschoaufmärsche od. Veranstaltungen zu verhindern, es ganz schnell passieren kann, verhaftet zu werden und später vielleicht vor den Kadi müssen. Unsere Solidarität gilt all jenen, die nicht vor solchen Auseinandersetzungen zurückschrecken, bzw. in sie hineingezwungen werden.
Ein Ergebnis innerhalb dieser Diskussion bei den Veranstaltungen war, daß es auch bei uns so ist, daß sich viel zuwenig offensiv mit Verhaftung, vielleicht U-Haft und Prozessen auseinandergesetzt wird, so daß es passieren kann, daß mensch ziemlich auf dem Schlauch steht, falls es wirklich soweit kommt. In letzter Zeit ist da innerhalb von Antifazusammenhängen in der BRD jede Menge unnötige Scheiße abgelaufen.
Z.B. haben in Berlin 2 Typen im Zusammenhang mit der Tötung des DL-Funktionärs Kaindl nach ihrer Verhaftung (teilweise unter üblen Druck) geschwätzt was das Zeug hält, mit der Folge, daß 3 GenossInnen danach verhaftet wurden, und andere abtauchen mußten.
Oder in Arolsen im Zusammenhang mit dem letzten (widerlichen) "Rudolf Hess Gedenkmarsches", der dann unter Polizeischutz in Fulda stattfand. In dessen Vorfeld wurden mehrere Faschisten u.a. ein Funktionär der Sauerländer Aktionsfront verprügelt, so daß sie nicht mitlaufen konnten. Auch dort kam es zu Verhaftungen teilweiser ziemlich junger Antifas, die ebenfalls schwätzten. Dazu kam noch, daß diese 4-7 Wochen in U-haft gehalten wurden, auf die kein Mensch, auch die Antifas draußen nicht vorbereitet waren.



Trotz dem hat sich dann draußen eine gute Soliarbeit entwickelt, obwohl viele Bauchschmerzen mit dem Aussageverhalten der Leute hatten. Endergebnis war aber doch, daß die Staatsanwaltschaft, auch auf Grund der gemachten (später aber zurückgenommenen) Aussagen so offensiv vorgehen konnte, daß es gegen 5 von 14 Angeklagten bittere Strafen rieselte (1*15 Monate u.4*9 Monate jeweils auf 3 Jahre Bewährung+für alle 100 Arbeitsstd. u. 3*Führerscheinentzug), bei den Anderen wurden die Verfahren eingestellt. Die meisten der Antifas waren schon allein mit der Situation, von den Bullen auseinandergenommen zu werden, total überfordert.
Gerade aus solchen Erfahrungen heraus, und die gab es ja auch schon früher,ist für uns, das ist auch ein Ergebnis der Diskussion, wichtig, sich solchen Situationen immer wieder bewußt zu werden, auch wenn mensch "nur" auf Demos geht. Über eigene Einschätzungen, Selbstbewußtsein und Ängste offen zu reden.
Klar zu haben, was, wo , mit wem möglich ist,-was für Rechte Mensch hat, - wie wichtig es ist, bei Bullen und Staatsanwaltschaft das Maul zu halten.
Noch einmal klar gesagt: Wer belastende Aussagen macht und sie bestätigt, stellt sich auf die andere Seite.

Aussageverweigerung ist Widerstand!!!!

Demo-Rede

DER TOD IST EIN MEISTER AUS DEUTSCHLAND

Ich will hier nicht über die Waffenlieferungen der Bundesregierung an den türkischen Staat reden.
Auch nicht über die Ausbildung von sogenannten "Anti-Terror"-Einheiten der türkischen Polizei durch Bundeskriminalamt und GSG 9.
Das sind alles Fakten, die schon länger bekannt sind und die sich jede/r aneignen kann, der/die es will.
Auch auf die Wirtschaftshilfen, ohne die das türkische Regime den Krieg gegen Kurdistan schon lange nicht mehr führen könnte, will ich hier nicht näher eingehen.
Vielmehr geht es mir um die logistische und praktische Unterstützung der Fortführung des Völkermordes in Kurdistan durch die Bundesrepublik Deutschland.
Am 26.11.93 wurden in einer BRD-weiten Razzia Vereine, Geschäfts- und Büroräume von KurdInnen und ihren UnterstützerInnen durchsucht und geschlossen.
Es wurden die Kurdische Arbeiter Partei PKK, die Nationale Befreiungsfront ERNK und jegliche Tätigkeiten für diese verboten. Daneben wurde das Kurdistan Komitee Köln, ein Verlag, eine Nachrichtenagentur, der Zusammenschluß Feyka-Kurdistan sowie 29 Kulturvereine durchsuch und verboten.
Mit diesem Schritt hat die Bundesregierung den Krieg gegen das kurdische Volk auf ihr eigenes Territorium erweitert. In der Verbotsverfügung wird gleichzeitig die Bildung von Ersatzorganisationen verboten. Begründet werden die Verbote mit der politischen und ideologischen Nähe der kurdischen Organisationen in Deutschland zur PKK. Dadurch soll jegliche Interressenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit erschwert, unterbunden oder als terroristisch abgestempelt werden. Kurdische Menschen unterliegen immer stärker werdenden Repressionen und sollen durch ihre unterstellten "PKK"-Aktivitäten kriminalisiert werden.
Auch mit den weiteren Verboten von Demonstrationen, die sich gegen die deutsche Außenpolitik und Verbote richteten, zielt der Staat in die gleiche Richtung. Als in manchen Städten das kurdische Neujahrsfest -Newroz-verboten wurde, löste dies eine, von der Bundesregierung bewußt in Kauf genommene Eskalation aus.
Vergleichbar mit dem Verbot von Newroz wäre das Verbot des christlichen Weihnachtsfestes. Wie schnell wären tausende von ChristInnen auf den Barrikaden, die sich aber auf der anderen Seite von KurdInnen, die Autobahnen blockieren, ihrer Freiheit beraubt sehen.
In Städten, in denen Newroz erlaubt war, liefen die Feiern außerdem friedlich ab.
Vor etwa 4 Wochen ließ Helmut Kohl öffentlich verlauten, daß er sich, in Bezug auf den Krieg in Kurdistan, nicht in Angelegenheiten "fremder Staaten" einmischen werde. Dies ist nur ein weiterer Versuch, das demokratische Deckmäntelchen des NATO-Partners Türkei aufrecht zu erhalten. Tatsache ist nun einmal, daß sich die BRD schon seit langem einmischt und das auch in Zukunft tun wird. Auf welcher Seite sie dabei steht, hat sie nie wirklich verheimlicht. Es wird aber der Versuch unternommen, mit Hilfe der Medien die Ursachen und Wirkungen zu verdrehen. Die bei sogenennten "Ausschreitungen" verhafteten KurdInnen werden nun mit Abschiebung bedroht. Natürlich können sie nur abgeschoben werden, wenn die türkische Regierung verspricht, ihnen kein Haar zu krümmen, anders wäre eine Abschiebung nach bundesdeutschem Gesetz gar nicht möglich. Daß die Türkei schon etliche internationale Abkommen zur Wahrung der Menschenrechte, gegen Rassismus und Folter unterschrieben hat, sich aber bis heute nicht danach richtet, scheint wenig zu stören. So liegt es dann auch im Interesse der Bundesregierung, sich dieser Probleme bzw. Menschen zu entledigen. Menschen, die in ihrer Heimat gefoltert, mit dem Tod bedroht und ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden, und nun in einem Land leben, das den Krieg gegen ihr eigens Volk unterstützt, und dem nicht tatenlos zuschauen wollen, haben eben, nach Meinung der Regierung, ihr Gastrecht verwirkt.
Über die Wahl der Mittel, die KurdInnen anwenden, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, läßt sich sicherlich streiten. Doch scheint es, daß die so oft zitierte deutsche Öffentlichkeit schon lange blind und taub geworden ist, wenn es um den Völkermord in Kurdistan und der deutschen Beteiligung daran geht.
Im Mätz dieses Jahres befanden sich über 100 Delegationen aus verschiedenen Ländern in Kurdistan, um die Newrozfeiern und die Kommunalwahlen am 28.3. zu beobachten. Sie erfüllten durch ihre Anwesendheit auch eine Schutzfunktion für die Bevölkerung gegen Übergriffe des türkischen Militärs.
Unter ihnen befand sich auch eine 9-köpfige Delegation aus dem Saarland und aus Kaiserslautern, die sich in Istanbul aufhielt, nachdem ihre Einreise in die kurdische Stadt Van durch Militär und Zivilpolizei gewaltsam verhindert wurde. Sie führten in Istanbul Gespräche mit dem türkischen Menschenrechtsverein IHD, einem Anwaltsverein, der Zeitung Özgür Gündem und der Demokratiepartei DEP, die wegen der starken Repression nicht an den Wahlen teilnahm. Bei diesen Gesprächen ging es unter anderem um die Situation von KurdInnen in der West-Türkei und um die sogenannte inländische Fluchtalternative. Als Ergebnis dieser Gespräche läßt sich ganz klar sagen, daß abgeschobene KurdInnen bei ihrer Ankunft verhaftet werden und ihnen in den meisten Fällen Folter und Verschleppung droht. Dabei werden Schläge nocht nicht als Folter betrachtet, da jede Verhaftung mit Schlägen verbunden ist.
Außerdem unterliegen im Westen der Türkei lebende KurdInnen starken Repessalien. Allein in einem Stadtteil von Istanbul wurden vor Newroz 250 Menschen verhaftet, nur weil sie im kurdischen Gebiet geboren wurden. Dabei spielte es keine Rolle, ob sie 10 ober 70 Jahre alt waren. Ein Jugendlicher wurde auf der Polizei wache hingerichtet. Diese Beispiele ließen sich beliebig weiterführen. Eine Abschiebung von KurdInnen in die Türkei muß verhindert werden. Es besteht auch keine inländische Fluchtalternative. Daher fordern wir einen sofortigen Abschiebestop für KurdInnen.
Abschiebung ist Mord !
Die Menschen in Kurdistan führen einen Kampf um ihre Existenz, ihre Kultur und ihre Freiheit. Den Krieg, den die Guerilla nun schon seit 10 Jahren führt, kann keine Seite gewinnen. Es bedarf einer politischen Lösung. Und die ist nur mit der PKK als politische und militärischen Kraft, die sich der Unterstützung und Sympatie vieler KurdInnen bewußt sein kann, möglich. Egal was mensch nun über die Politik und Ziele der PKK denkt.
Glaubt den Lügen der Medien nicht !
Solidarität, Kraft und die Freiheit für Kurdistan !!



Demo-Rede von Robert

Wer meine Rede damals gehört hat, weiß, daß sie in einem Spannungsfeld zwischen Wut und Hilflosigkeit entstanden ist. Wut über die Hetzkampagnen und die Diskriminierung von ausländischen Bürgern. Hilflosigkeit weil ich nicht weiß, wie ich mich dagegen wehren soll.
Ein paar Fakten über die derzeitige Situation:
Asylbewerber werden gezwungen minderwertiges Dosenfutter zu essen.
Deutsche Gesetze verweigern ausländischen Bürgern fundamentale Menschenrechte wie zB. das Recht zu Arbeiten oder die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit.
Sinti und Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien werden in irgendeinem Nachfolgerstaat abgeschoben, je nachdem in welchem Flugzeug noch ein Platz frei ist. Obwohl sie ja weder Serben, Kroaten noch Mazedonier sind, und von dem extremen Nationalismus im Baltikum akut bedroht sind.
Geflohene Kriegsdienstverweigerer werden nach Serbien oder Kroatien abgeschoben. Da unten werden sie dann in eine Uniform gesteckt und an die Front geschickt. Sozusagen fast ein Todesurteil: Wir schicken ihnen menschliches Kanonenfutter.
Kurdische Parteien, ihre Kultur- und Heimatvereine und ihr traditionelles Neujahrsfest wurden mit einem Handstreich verboten. Mit deutscher Gründlichkeit sogar solche Vereine, die in der Türkei erlaubt sind, wie zB. der Mesopotamische Kulturverein. So ein Schwachsinn, vielleicht verbieten sie demnächst die Zillertaler Schürzenjäger oder den Karneval, als Ansammlung besoffener und potentiell randalierender Volksmassen?
Diese Liste könnte wahrscheinlich noch ewig weitergehen, aber ich will auf etwas anderes hinaus. Stellen wir uns doch mal die Frage, wer ist für solch menschenverachtende Praktiken verantwortlich?
Natürlich denk ich in unserer hirarchischen Gesellschaft zuerst an die da oben: unsere Gesetzgeber (sog. Volksvertreter), unsere Innenminister (Law and Order Helden) und all die anderen Befehlsgeber.
Desweiteren regt mich noch auf, daß viele Medien und Journalisten kräftig mithetzen. Da wird oftmals mit zweierlei Maß gemessen in unserer Sensationspresse. Wenn Bergarbeiter oder Umweltschützer eine Autobahn blockieren, dann ist das toll, aber die Berichterstattung zu den Kurdenprotesten las sich oftmals mehr wie ein Polizeibericht oder eine Anklageschrift, und die Motive wurden vergessen.

Aber für mich stellt sich auch die Frage, wie sieht's aus mit der Verantwortung der Menschen die in unserer Verwaltungsmaschinerie arbeiten. Angefangen vom Oberverwaltungsfuzzi der Ausländerbehörde, über den Polizisten, der die Leute verhaftet, bis zum Flugzeugkapitän der die Menschen ausfliegt. Kann mensch so leicht sein Gewissen beruhigen, indem mesch sagt:"Ich habe ja nur Befehlen gehorcht." Was ist dann mit der so oft beschworenen persönlichen Verantwortung für das eigen Handeln? Denn wie unsere Vergangenheit zeigt, kann durch Kadavergehorsam aus ner Verwaltungsmaschinerie schnell ne Vernichtungsmaschinerie werden.
Und was ist mit mir und all den anderen Leuten? Mensch hört die Scheiße, die passiert, kurz im Radio. Natürlich, im ersten Moment ist mensch betroffen und schockiert, aber dann schieben wir's weg und vergessen es. Gelegentlich mal ne Unterschriftenliste oder Demo, das wars dann.
Und somit muß ich sagen:
Ich klage an: diesen Staat mit seinen Repräsentanten und Behörden, die diese ausländerfeindliche und menschenverachtende Politik betreiben.
Ich klage aber auch an: uns alle. Mit ein bischen mehr Zivilcourage würden die Betroffenen und Engagierten nicht so oft ziemlich allein im Regen stehen.
Beenden möchte ich dieses Statement mit einem von mir aktualisierten Zitat von Pater Niemöller. Ich muß dazu sagen, es ist vielleicht ein bischen gewagt, aber wenn ich mir die Entwicklung in den letzten Jahren so anschau...

Zuerst hohlen sie die Kurden, die Roma und Sinti und all die anderen Ausländer, aber ich mach nix, ich bin ja kein Ausländer.
Dann werden sie die Antifaschisten, Anarchisten, Kommunisten und die anderen Linken holen, aber ich sag nix, denn ich bin ja kein Linker.
Danach werden sie die Pazifisten und all die anderen mit einer eigenen Meinung holen.
Und dann werden sie irgendwann mich holen, aber dann ist keiner mehr da, der noch was sagen könnte.

EMMA ES REICHT

Äffinnen-Besuch bei Alice im Emmaland

Es waren keine Sexshops und keine Pornokinos, die am 10.5.1994 Besuch von "wildgewordenen, mit Affenmasken und Sprühdosen bewaffneten Emanzen" erhielten, sondern die EMMA-Redaktion höchstpersönlich.
Für Alice Schwarzer ein schwerer Schock, wollte sie in "ihrer" Zeitung doch "nur" eine offene Diskussion über ein "von der Linken tabuisiertes Thema", sprich EUTHANASIE, führen.
Daß jetzt "die eigenen Schwestern" die Redaktion stürmten und plattmachten, was Alice im Emmaland in jahrelanger Fleißarbeit aufgebaut hat, ist entsetzlich. ARME ALICE!

Schon seit längerem ist der Rechtsruck in der EMMA unübersehbar. In Zeiten rassistischer Übergriffe auf MigrantInnen scheute die EMMA nicht davor zurück, ein Interview mit den "Böhsen Onkelz" zu führen und diese als "nette Jungs von nebenan" darzustellen. Vergessen all die rassistischen, faschistischen und sexistischen Texte dieser "Ex-"Nazis, die oft genug dem Nazimob auf der Straße einheizten, wenn's drum ging, "Ausländer zu klatschen" oder Frauen zu vergewaltigen.
Während die Pogrome gegen Migranten beiderlei Geschlechts von PolitikerInnen angestachelt und von Straßenfaschisten ausgeführt wurden, inszenierte die EMMA eine Kampagne gegen den Frauenhaß und implizierte damit, daß es schlimmer ist, eine weiße Frau als einen schwarzen Mann umzubringen. In unmittelbarem Zshg. mit dem Brandanschlag in Solingen, bei dem fünf türkische Frauen von deutschen Nazis ermordet wurden, erschien in der EMMA ein Dossier über "islamischen Fundamentalismus". Alice Schwarzer drückt zwar ein gewisses Mitgefühl aus, weil die Opfer des Anschlags Frauen waren, identifiziert aber in einem Atemzug nicht nur die mordenden Nazis als die Täter, sondern auch die türkischen "Männer und Väter", die durch ihre islamische Lebensauffassung die Anschläge geradezu provozieren würden. Alice Schwarzer führt aus, die Nazis, die in Solingen gemordet haben, seien nicht schlimmer als die aufgebrachten Türken, die in den darauffolgenden Tagen ihre Wut zum Ausdruck brachten. Diese seien von nichts anderem getrieben als von der "orientalischen Variante des Faschismus", nämlich dem Fundamentalismus. Mit Ausnahme eines Artikels wurde in diesem Dossier eine regelrechte Panikmache gegen Muslime betrieben.
Dazu Dr. Karin Hörner, Orientalistin von der Uni Hamburg: "Die Artikel weisen eindeutige Merkmale des Aufbauens von Feindbildern auf (...) Es ist nur von "dem Islam" die Rede, der kurzerhand mit "dem Fundamentalismus" gleichgesetzt wird, der Europa überrollen wird."
Diesem Muster entspricht auch die Leidensgeschichte einer Frau, die Opfer einer ärztlichen Fehldiagnose wurde.
EMMA: "Die nachfolgende Geschichte ist mitten in Deutschland passiert: In Köln. Eine Frau ruft einen Notarzt. Der ist Moslem. Ihr tötliches Pech." Der einzige Hinweis, woran dieser Arzt als Moslem zu erkennen sein soll, lautet: "Eine Stimme mit starkem Akzent". Daß es auch andere Gründe für den beinahe tödlichen Fehler des Arztes gegeben haben könnte als den unterstellten, wird nicht einmal in Erwägung gezogen.
Am Ende des Dossiers kehrt EMMA mit dem Artikel "Nur Attitüde" von Antje Schrupp, zum Kern der feministischen Diskussion zurück, und es wird unverblümt und selbstsicher festgestellt, daß Frauen sich mit dem Rassismus nicht zu befassen hätten, da "der Feminismus als Gesellschaftsanalyse unter einem bestimmten Aspekt vom Thema Rassismus nur dann berührt (ist), wenn rassistisches Verhalten mit geschlechtsspezifischen Verhalten gekoppelt oder dadurch verursacht ist." Mit Nachdruck und Vehemenz wird uns nahegelegt, daß das westlich, weiße, feministische Konzept, eine universelle Gültigkeit besitze, die selbst eine Diskussion um verschiedene Standpunkte innerhalb dieses Diskurses nicht zulasse.

Daß aufgrund dieser offen rassistischen Positionen Migrantinnen und andere Frauengruppen sich von der Zeitung distanzierten und zum Boykott aufriefen, juckte die "Emmas" recht wenig. Auch ein Angebot von MEDIAWATCH, die den Dialog und die Auseinandersetzung mit EMMA in Form einer Podiumsveranstaltung suchten, wurde von der EMMA-Redaktion, die zunächst Gesprächsbereitschaft signalisierte, wieder abgelehnt. Die Redaktion räumte zu den Vorwürfen zwar ein, daß die optische Aufmachung des Dossiers "zu unvermittelt und polemisch" sei - ansonsten sei die Kritik absurd. Dieser "Schwesternstreit" zeige, daß EMMAs KritikerInnen den Feminismus nicht kapiert hätten.

Wen wundert's dann noch, wenn in der gleichen Zeitung "Bioethikern" wie Singer eine Plattform geboten wird, in der unverblümt (schwerst)-behinderten Neugeborenen das Lebensrecht abgesprochen wird.
EMMA öffnet dem "Freund" Peter Singer jetzt Tür und Tor. Unter dem Vorwand, den Tierrechtler vorzustellen, will Cornelia Filter und die EMMA-Redaktion genauso wie Singer selbst provozieren und "linke Tabus" brechen.
Welche linken Tabus meint Singer und welche Cornelia Filter?
- das Tabu, daß angesichts der Euthanasie Massenmorde während des 3.Reichs, wo mehr als 100.000 behinderte Menschen ermordet und schätzungsweise 350.000 zwangssterilisiert wurden, nicht mehr diskutiert werden kann/darf, ob bestimmte Menschen es "wert" bzw. "unwert" sind, auf dieser Welt und in diesem Land zu leben?

Der Suche nach dem optimal leistungs- und funktionstüchtigen Menschen fielen (im NS) diejenigen zuerst zum Opfer, die dem körperlichen und geistigen Ideal nicht entsprachen: "Behinderte". Mehr denn je werden heute wieder leistungs- und funktionstüchtige Menschen verlangt. In diesem Zusammenhang ist die Auferstehung der Eugenik zu beachten, die Diskussion um die Ausschaltung unnötiger Lasten erhält wissenschaftliche Nahrung (die zu einem Großteil auf die "Erkenntnisse" im Nazistaat basiert).
DAMALS WIE HEUTE WAREN/SIND WISSENSCHAFTLER/INNEN DIEJENIGEN, DIE MIT "FORSCHUNGSERGEBNISSEN" (SCHEINBAR) BEGRÜNDETEN/BEGRÜNDEN, WELCHES MENSCHENLEBEN "WERT" ODER "UNWERT" IST.
Auch Peter Singer gehört zu jenen Wissenschaftlern, für die die Verwertbarkeit von Menschen (nach einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung) in ihrer "wissenschaftlichen Arbeit" im Vordergrund stehen. So ist beispielsweise in der EMMA zu lesen, "Peter Singer ist Anhänger des Ultilitarismus (Lehre von der Nützlichkeit). Er glaubt an eine Ethik, die keine religiöse Begründung braucht, sondern der reinen Vernunft entspringt. Ginge es nach ihm, müßte sich im Idealfall jede/r vor einer Entscheidung fragen: Was sind meine Interessen, was sind die Interessen aller? und dann denjenigen Handlungsverlauf wählen, der per Saldo für alle Betroffenen die besten Konsequenzen hat".

Menschen, die sich bereits seit Jahren gegen Peter Singer und seine menschenverachtenden Theorien zur Wehr setzen, werden von EMMA als "eine Front aus Grünen, der Krüppelbewegung, autonomen Gruppen und Fraueninitiativen gegen Gentechnik, (die) sich zum Anti-Euthanasie-Forum formiert und zum Sturm gegen ihn geblasen haben", diffamiert. An anderer Stelle heißt es: "Obwohl sie angeblich auf die Bekämpfung von Herrschaftsverhältnissen spezialisiert ist und sich als Repräsentantin aller Befreiungsbewegungen sieht, übersieht die deutsche (Herren)Linke die TierrechtlerInnen und verachtet sie als Tierschützer...". Hierbei ist noch anzumerken, daß EMMA im Namen des Tierrechts noch nicht einmal davor zurückschreckte, den HoTocaust zu relativieren, indem sie 6 Millionen Tierversuche mit der Ermordung von 6 Millionen ermordeten Juden und Jüdinnen in deutschen KZs während des NS verglich.

Dank massiver Proteste von Ärzten, Eltern und Behinderten sowie einer Kontroverse im eigenen Lektorat mußte der Rowohlt-Verlag sein Vorhaben, Singers Buch "Muß dieses Kind am Leben bleiben?" (orig. "Should the baby live?") auf deutsch zu veröffentlichen, stoppen. Mehrere Veranstaltungen, die Singer 1989/90 abhalten wollte, wurden hauptsächlich von Gruppen aus der Behinderten-, Frauenbewegung, gestört und behindert und mußten z. T. wieder abgesagt werden.
Mit Zensur oder sogar Zerstörung von Grundrechten hat das alles sehr wenig zu tun, es ist Teil einer politischen Auseinandersetzung, in der symolische Aktionen wie Besetzungen und ganz gewöhnliche, wie Unterschriftensammlungen, eingesetzt werden. Diejenigen, die das tun, gehören größtenteils zu einer von der Gesellschaft marginalisierten und diskriminierten Gruppe. Sie rufen nich die politische Polizei, den Verfassungsschutz oder den Staatsanwalt, sie können nichts per Dekret oder durch den Einsatz repressiver Mittel erzwingen. Im Gegenteil: Immer wieder sind sie selbst bei ihren Aktionen von Polizeieinsätzen, Festnehmen oder Gerichtsverfahren bedroht, denn was sie machen, ist ziviler Ungehorsam, der versucht, auf eine Grenze aufmerksam zu machen, die nicht überschritten werden soll: Die Aberkennung des Rechts auf Leben für eine wie eng auch immer eingegrenzte Gruppe von Menschen liegt jenseits dessen, was als akzeptierte Meinung in Deutschland diskutiert werden sollte.

Mit dem Artikel "Affentheater" hat EMMA endgültig klargemacht, auf welcher Seite sie schwimmt --> auf der Welle, in der Tabus, hinsichtlich rassistischer und faschistischer Ideologie unter dem Tenor der Diskutierbarkeit gebrochen werden und damit salonfähig werden. Die "Singerdebatte" der EMMA ist vergleichbar mit der Debatte über den Film "Beruf Neonazi", in dem ein bekannter Faschist (Althans) ungehindert faschistische Positionen verbreiten kann, ohne daß diese in irgendeiner Weise kritisch hinterfragt wurden.
Getragen von der "Gnade der späten Geburt", wollen jetzt auch einige "Alt-68erInnen" ihren Teil zum nationalen Konsens beitragen und ihren "Platz an der (deutschen) Sonne" sichern.



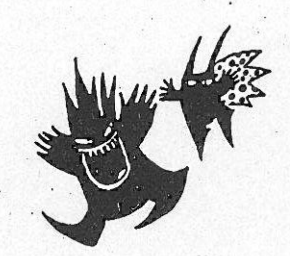
Quellen:
IZ3W, EMMA, Soz, Materialien gegen Bevölkerungspolitik, Konkret
Oliver Tolmeins Buch: Wann ist der Mensch ein Mensch-Ethik auf Abwegen





Von Antifaschistischen Vergewaltigern und Libertären Staatsanwälten

(HEITER BIS WOLKIG UND DAS WESPENNEST NEUSTADT/WEINSRASSE)





Der folgende Text dokumentiert die Auseinandersetzungen um den Auftritt von "Heiter bis Wolkig" am 4.6.94 auf dem Open Air am Hambacher Schloß, das von "Wespennest e.V." veranstaltet wurde.
Wir können hier leider nicht alle Texte die in diesem Zusammenhang erschienen sind abdrucken. Wer Interesse an weiteren Infos/Texten hat, kann diese bei uns anfordern (3DM + Porto).

Montag, 30.5.
Wir erhalten die Information, daß im Februar 94, nach einer Veranstaltung an der Paderborner Uni, eine Frau von einem Bandmitglied von "Heiter bis Wolkig" vergewaltigt wurde. In dem Text der autonomen Frauen und Lesbengruppe/Paderborn beschreiben sie, wie sich die Band verhalten hatte nachdem sie mit der Tatsache konfrontiert wurden daß ein Mitglied ihrer Gruppe ein Vergewaltiger ist:
2 Monate nach der Vergewaltigung wurde Michael (der Vergewaltiger) von 2Frauen aus dem Zshg. der vergewaltigten Frau aus Paderborn, aufgefordert, innerhalb von HBW d.h. allen die mit ihm auf Tour waren, klarzustellen, daß er ein Vergewaltiger ist. Dieser hatte dann seine Gruppe informiert, versuchte aber die Vergewaltigung dahingehend abzumildern so daß sich innerhalb von HBW - wie sollte es auch anders sein - eine Debatte über "sexuellen Mißbrauch" oder "tatsächliche Vergewaltigung" entfachte. Nach einer kurzen Diskussion forderten die beiden Frauen HBW dazu auf, sich innerhalb von 2 Wochen (bis zum 13.5.) zu verhalten. Diese Forderung ging auch schriftlich am 4.5. im Büro von HBW ein.
Diese Stellungnahme ist nicht erfolgt. Stattdessen schickte HBW eine "ausgewählte, möglichst nüchterne Darstellung" der letzten Zeit welche die Vergewaltigun als Teil einer Intrige zu relativieren versucht und in der sich HBW als "Opfer" stilisiert.
Im Gegensatz zu einem anderen Mitglied der Gruppe, der zu HBW und der Vergewaltigung Stellung bezog, wurde der Vergewaltiger nicht "gefeuert", sondern lediglich beurlaubt.
Aufgrund dieser Verhaltensweise hat die Autonome Frauen/Lesbengruppe aus Paderborn zum Boykott von HBW aufgerufen.

Dienstag, 31.5.
Für uns ist es keine Frage, den Boykottaufruf zu unterstützen, zumal wir in dem o.g. Zshg. auch erfuhren, daß es auch bei einem Auftritt von HBW in Hamburg Auseinandersetzungen gab. Dort gingen mehrere Frauen und Männer auf die Bühne um die Show zu unterbrechen, weil sie 3 Szenen aus dem Programm als sexistisch empfanden. Auch da verhielt sich HBW nicht dazu sondern spielten einfach ihr Programm weiter. Zwischenrufe des Publikums wie "Scheißlesben", "Emanzen"..."Schwanz-ab-Weiber" wurden von HBW genauso ignoriert, wie die Rufe "härter, tiefer" des Publikums bei einer Szene, die von einigen als Vergewaltigung empfunden wurde.
Da in "unseren Räumen" ein Plakat für ein Fesival auf dem Hambacher Schloß (NW), bei dem auch HBW auftreten sollte, hing, haben wir einen Papierstreifen mit der Aufschrift "Boykottiert Heiter bis Wolkig" (und dem Verweis auf Infos) auf das Plakat geklebt.
Zu diesem Zeitpunkt ging es uns (noch) nicht um den Boykott des ganzen Fesivals. So haben wir auch darauf geachtet, daß alles was nicht mit HBW zu tun hatte, auf dem Plakat weiterhin gut lesbar war.

Wir haben uns auch mit den VeranstalterInnen in Verbindung gesetzt und ihnen die Infos aus HH und Paderborn gefaxt. In unserem Schreiben an Wespennest hieß es :
(...) Wir fordern Euch auf, diesen Auftritt nicht zuzulassen, bzw. zu verhindern, da der Vergewaltiger nach wie vor noch Mitglied der Gruppe ist (wenn auch beurlaubt)*
Falls die Streichung des Programmpunkts so kurzfristig nicht mehr möglich ist, ~~erwarten wir von Euch~~, daß ihr die BesucherInnen des Festivals über diesen Sachverhalt informiert, und euch selbst als VeranstalterInnen eindeutig dazu verhaltet (Stellung bezieht!)
VERGEWALTIGUNG IST KEIN KAVALIERSDELIKT
Gruppen und Menschen, die sich gegen jede Form von Herrschaftsverhältnissen zur Wehr setzen, können mit diesem Anspruch nicht zulassen daß Vergewaltiger und Menschen die diese decken, noch die Möglichkeit haben, sich in "unseren Freiräumen" zu bewegen.
In der Hoffnung, daß ihr eine Lösung finden werdet, die der Problematig gerecht wird ....
PS: Wir bitten Euch, uns mitzuteilen, welche Diskussionen bei Euch gelaufen sind und wie ihr Euch zu HBW verhaltet.

Am Abend gab es dann die erste Auseinandersetzung wegen unserem "Plakatzusatz" mit 2 Männern aus der Libertären Gruppe/KL. Sie waren weniger an der Thematik (der Auseinandersetzung mit Sexismus, Vergewaltigung...HBW) interessiert, als an dem Angriff auf "Ihr Plakat". Hätte es sich um ein anderes Plakat bzw. Festival gehandelt, wäre ihnen der "Papierstreifen darauf" sicher gar nicht aufgefallen.
Nach einer kurzen, aber heftigen Auseinandersetzung mit einer Frau (die den positiven Nebeneffekt hatte, daß andere Anwesende sehr an den Infos zu HBW interessiert waren) versahen die beiden Männer den Plakatzusatz mit 2 Sprüchen. Diese bezogen sich auf ein Spucki "Vergewaltiger wir kriegen euch" auf dem eine Frau mit einer Knarre abgebildet ist. Zu der Knarre war ein Pfeil und der Spruch: "Als ob das die Losung sei" und zu dem Wort Vergewaltiger ebenfalls ein Pfeil und die Bemerkung: "das muß erst einmal bewiesen werden". Nachdem eine Frau das gesehen und gelesen hatte ging sie auf die beiden Männer zu und fragte diese, was das soll. Es kam eine Diskussion zustande in deren Verlauf wieder nach den Beweisen für die Vergewaltigung gefragt wurde ("hat die Frau überhaupt Anzeige erstattet...") und die damit endete, daß der andere sagte: "auf so ein Emanzenniveau laß ich mich nicht herab" und ging.

Freitag, 3.6.
Da wir von den VeranstalterInnen keine Reaktionen auf unser Schreiben erhielten, beschließen wir, nochmal in Neustadt nachzuhaken, wie sie sich zu HBW verhalten werden.
In einem Gespräch mit einer Frau(!) vom "Wespennest" wird uns mitgeteilt, daß aufgrund einer Diskussion die am Vorabend stattfand und an der 4o Leute teilgenommen hätten, die Entscheidung getroffen wurde, daß HBW auftreten sollen. (Es wurde uns nicht mitgeteilt, daß es auch einige Menschen in NW gab, die sich gegen einen Auftritt von HBW ausgesprochen haben - die Entscheidung für den Auftritt war also nicht Konsens-dazu später mehr)

* mittlerweile spielt er wieder mit

Begründet wurde dieser "Beschluß" mit folgenden Punkten:
- finanzielle Einbußen für die VeranstalterInnen (schließlich würden die meisten Leute ja nur wegen HBW kommen)
- finanzieller Ruin für HBW
- das Programm "Zombieland" hätten sie selbst gesehen und dies nicht als sexistisch empfunden - die genannten Szenen hätten sie ehr als "kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Sexismus" gesehen.

Auf unseren Einwand, daß sich HBW mit dem Vorwurf hätte müssen auseinandersetzten- dies aber nicht gemacht hat und daß es mittlerweile ja nicht mehr "nur" um einen Sexismusvorwurf geht sondern um Vergewaltigung, mußten wir uns anhören, daß das mit der Vergewaltigung ja gar nicht bewiesen wäre, die Frau sei wohl auch mitgegangen...

An diesem Punkt haben wir das Gespräch abgebrochen (zumal wir auch noch gesagt bekamen, daß wir auf "gleichgesinnten" Gruppen "rumhacken würden- also bitte! Das geht wirklich zu weit. Gleichgesinnt mit Vergewaltigern und Menschen die diese decken sind wir wirklich nicht.) und haben zum Boykott des ganzen Festivals aufgerufen.

Samstag, 4.6.
Noch nie haben wir uns so über strömenden Regen gefreut. Die VeranstalterInnen haben sich-wie nach dem Gespräch vom Freitag zu erwarten war- nicht zu HBW geäußert. Zum Glück gab es aber doch noch einige Menschen, die ihre Wut zum Ausdruck brachten und sich gegen den Auftritt von HBW gewehrt haben.

Sonntag, 5.6.
"Linkes Plenum" in KL. Wir hatten die Hoffnung, daß wir da die Gelegenheit hätten, mit den "Libertären" noch mal über alles, was gelaufen ist, zu reden und zu klären, ob eine Zusammenarbeit in Zukunft noch möglich ist. Schließlich haben wir mit ihnen überlegt, gemeinsame Räume zu mieten und einen "Trägerverein zur Förderung von Politik und Kultur" zu gründen. Von den "Libertären" kam allerdings nur ein Mann, der nicht an den "Sprüchen" vom Dienstag beteiligt war.
Dieser konnte dann (wie es scheinbar bei "Libertären" üblich ist) "nur für sich" reden. (Ich verstehe da dann nicht, warum Menschen sich überhaupt in einer Gruppe zusammenschließen, wenn noch nicht mal zu grundlegenden Punkten so was wie eine "gemeinsame Linie" vorhanden ist)
Auch auf dem Plenum wurde wieder die Frage nach den Beweisen für die Vergewaltigung gestellt. Mich regt das mittlerweile tierisch auf. Als ob es nicht genügend Texte zu dem ganzen Komplex "Vergewaltigung gäbe. Auch in der K-Butt sind mehrere Artikel dazu erschienen. Scheinbar werden diese aber nur von Frauen gelesen - weil Mann betrifft's ja nicht.

Trotzdem, für alle die's immer noch nicht begriffen haben, versuch ich noch mal klarzumachen, warum vergewaltigte Frauen nichts beweisen müssen und welche Funktion Frauen/Lesbengruppen haben können.

Wenn eine Frau vergewaltigt wurde, fällt es ihr sehr schwer, sich anderen anzuvertrauen. Eine Anzeige oder die Öffentlichmachung einer Vergewaltigung kosten für die betroffenen Frauen viel Kraft, die sie nach einem solchen "Erlebnis" meist nicht haben, da sie alle Kraft die sie haben, dafür einsetzen müssen, um das Geschehene zu verarbeiten und um mit sich selbst wieder "klar" zu kommen.
Frauen/Lesbengruppen können diesen Frauen Schutz bieten, da sie an den Tatsachen nicht rütteln und nicht die Glaubhaftigkeit der Frau anzweifeln. Hier wird die Aussage der Frau beachtet, ohne ihr das Gefühl zu geben "sebst Schuld" zu sein. KEINE FRAU IST SELBST SCHULD !
Frauen/Lesbengruppen können ein Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit vermitteln, wo Vertrauen im Vordergrund steht und woraus gemeinsam MIT der betroffenen Frau überlegt werden kann was, der Situation angemessen, frau machen kann.
Um offensiv mit Vergewaltigung und Vergewaltigern umzugehen, ist es wichtig einen solchen "Schutzraum" zu haben wo die betroffene Frau nicht weiter gedemütigt und erniedrigt wird. Die meisten Frauen, die vergewaltigt wurden, trauen sich ja meistens deshalb nicht, den Täter zu benennen bzw. ihn anzuzeigen, weil sie damit rechnen müssen, daß ihnen eh nicht geglaubt wird. Die "Beweislast" liegt an den Frauen und nicht an den Tätern. So schweigen die meisten Frauen.
Dieses Schweigen hat wiederum zur Folge, daß sich Männer in "Sicherheit" wähnen. Ich glaube viele Männer die Frauen vergewaltigen, gehen 'eh davon aus, daß die Vergewaltigung für SIE keine Konsequenzen hat "die zeigt mich ja eh nicht an" (In einer Hand mit Bullen und Justiz - wer glaubt schon einer Frau mit Minirock?)
Diese ganze Problematik zeigt, daß es ein Drahtseilakt ist mit Vergewaltigung so umzugehen, daß die betroffene Frau vor weiteren Erniedrigungen geschützt werden kann und trotzdem das, was sie erlebt hat, öffentlich wird.
Die Paderborner Frauen haben gezeigt, daß das geht. Sie haben möglicherweise andere Frauen vor einer Vergewaltigung geschützt, da sie Michael von HBW als Vergewaltiger benannt haben. Mit dieser "Öffentlichmachung" haben sie auch mal wieder Diskussionen in Gang gesetzt, die (wieder mal) gezeigt haben daß in der "Linken" nicht alle so emanzipatorisch und antipatriarchal sind, wie sie es vorgeben.
Statt solidarisch mit einer vergewaltigten Frau zu sein haben sich Teile der "Libertären Bewegung" schützend vor den Vergewaltiger gestellt und sich auf der gleichen, staatstragenden (patriarchalen) Ebene bewegt wie es Frauen von Polizei und Justiz gewohnt sind: "Im Zweifel für den Vergewaltiger".

Während der Mann aus der "Libertären Gruppe" nach wie vor die Entscheidung der NeustädterInnen(für den Auftritt) verteidigte, und ebenfalls mit den Argumenten "so kurzfristg kann man/frau so was nicht mehr absagen"..."finanzielle Belastung"..diese Entscheidung zu begründen versuchte, haben die anderen Anwesenden sich ganz klar und eindeutig verhalten.Problematisch an der Diskussion war, daß unsere Kritik an dem Verhalten der VeranstalterInnen von dem "Libertären Mann" als Angriff auf die ganze "libertäre Bewegung" gesehen wurde.Es gibt ganz klar politische Differenzen - aber das war ja nicht der Punkt.Uns ging(und geht) es hier um das Verhalten gegenüber Vergewaltigern und den Umgang mit sexistischen Strukturen(auch in den "eigenen Reihen")An diesem Punkt muß auch hinterfragt werden,warum HBW Auftritte in "autonomen Zentren" abgesagt haben und nicht bei "Wespennest".Auffällig ist auch, daß um den Boykottaufruf zu "Conflict" (siehe K-Butt #7), wo es ebenfalls drum ging daß ein Bandmitglied eine Frau vergewaltigt hat,nicht so ein Aufsehen gemacht wurde. (war ja nur ne Punkband ?)
Daß der Mann dann noch im Laufe der Diskussion gesagt hat:"Ich war früher Sexistaber jetzt hab ich 3 Jahre an mir gearbeitet und bin jetzt keiner mehr - deshalb muß ich mich auch nicht jedesmal darauf einlassen wenn "so radikale" Frauen und Lesben mit mir über Sexismus reden wollen(...)",war für die (wenigen) anwesenden Frauen Anlaß die Diskussion abzubrechen, mit der Forderung an die Männer sich doch noch mal "unter sich" Gedanken zu machen warum Frauen diese Diskussionen einfordern und welche Rolle "SIE" darin spielen.

Abschließend läßt sich zu der Auseinandersetzung sagen,daß wir vorerst nicht weiter mit den "Libertären" politisch arbeiten werden. Wir erwarten von ihnen,daß sie Stellung beziehen und sagen auf welcher Seite sie stehen und sich mit ihren eigenen patriarchalen und sexistischen Strukturen auseinandersetzen.

Gefreut hat uns, daß Menschen aus Neustadt(ebenfalls aus dem "Wespen zusammenhang") die gegen einen Auftritt von HBW waren ,sich mit uns in Verbindung gesetzt haben.In Neustadt ist die Kacke am dampfen.

Gerade da, wo es um die existenziellen Grundrechte von Frauen - dem Recht auf (sexuelle) Selbstbestimmung und dem Recht aufkörperliche und psychische Unversehrtheit und der uneingeschränkten Solidarität nach einer Vergewaltigung geht, scheint das Gebilde,(WESPE) was uns hier in KL immer als so toll und einheitlich (nicht hierarchisch)dargestellt wurde, auseinanderzubrechen.







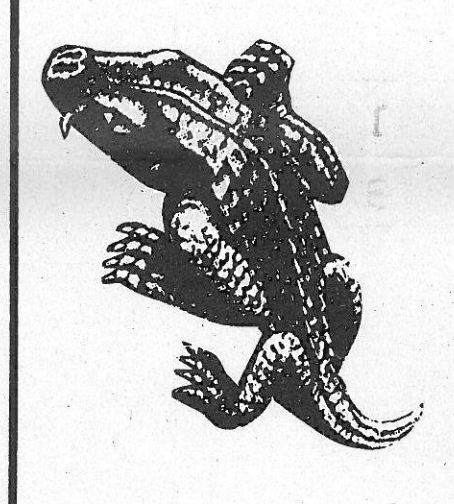


Sabotiert die Zwangsarbeit (Teil 1)

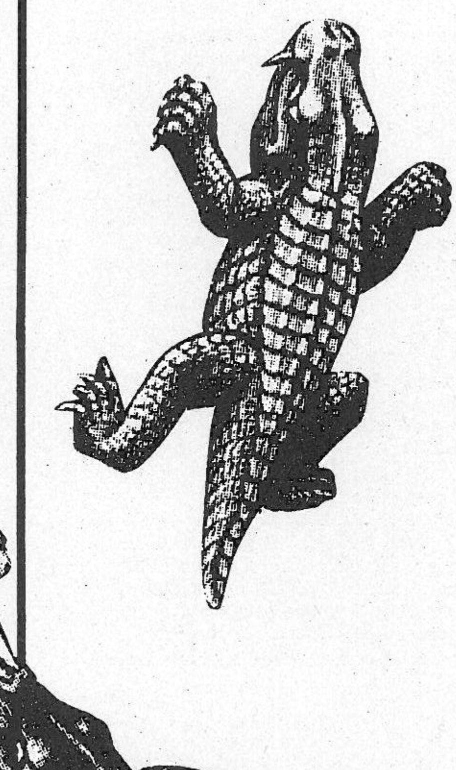
Aufruf zu einer bundesweiten Kampagne:



Der Zusammenbruch der sog. sozialistischen Länder läßt das kapitalistische System heute weltweit als "Sieger" und einzig sinnvolle Form gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen. Es gibt keine größeren Regionen, keine bedeutenden Wirtschaftsbereiche, keine Märkte mehr, die vom Einfluß kapitalistischer Wirtschaftsweise unabhängig wären. Das Profitinteresse des Kapitals ist kennzeichnend für die Entwicklung in dieser Welt. Die imperialistisch-patriarchale Herrschaftsstruktur durchdringt alle Gesellschaften und Lebensbereiche.
In der EG hat Deutschland heute die ökomomisch-politische Führungsrolle. Der Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht ist damit im dritten Anlauf erreicht, nachdem in diesem Jahrhundert imperialistische Bestrebungen mit militärischen Mitteln zweimal gescheitert sind. Um diese Vormachtstellung zu sichern und weiter ausbauen zu können, begann in den letzten Jahren eine Offensive von Staat und Kapital, die weiterhin das Ziel verfolgt, die Profite durch Rationalisierung und den technischen Vorsprung zu erhöhen. Als besonders geeignet hierfür erscheinen den Multis die Neuen Technologien, z.B.Mikroelektronik, neue Werkstoffe, Raumfahrt, Gen- und Biotechnologie. Die Investitionen in diese Wirtschaftsbereiche schaffen nur wenig, vernichten aber viele Arbeitsplätze. Diese Entwicklung, zusammen mit einer staatlich organisierten Krisenstrategie, die hauptsächlich die Ärmsten der Bevölkerung belastet, bewirkte, daß der Lebensstandard für viele Menschen massiv eingeschränkt wurde.
Seit Jahren konnte, ohne größere Proteste, eine Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben werden. Um auch weiterhin den "sozialen Frieden" aufrecht erhalten zu können, wird ein "nationaler Konsens" beschworen. Das "Solidarpack" von Regierung, Bundesbank und anderen will "die Nation" zur inneren und sozialen Einheit führen. Nach dem Strickmuster der "Asyldebatte" wird Haß gegen jene gesellschaftlichen Gruppen geschürt,die für den ökonomischen Verwertungsprozeß überflüssig geworden sind. Im Stil eines autoritären Populismus werden Ängste gegen bestimmte Gruppen geschürt, um Loyalität gegenüberden Machtträgern zu erzeugen und repressive Maßnahmen durchzusetzen (Asylgesetz, Lauschangriff, § 218 usw.). Armut und Verelendung werden als "fehlende Leistungsbereitschaft" erklärt. Die von Armut Betroffenen werden als "bedürftige Betrüger" abgestempelt, die sich in der "sozialen Hängematte" ausruhen; aus Opfern werden Täter gemacht.



Die Dabatte über "Sozialmißbrauch" verdeckt die rapide Verelendung breiter Bevölkerungskreise und bereitet gleichzeitig ideologisch weitere Angriffe auf deren Existenzgrundlage vor. immer mehr Menschen werden durch Armut und Obdachlosigkeit aus der Gesellschaft ausgegrenzt.
Vier Millionen Menschen erhalten Sozialhilfe, 150.000 Frauen und Männer müssen auf der Straße leben, 800.000 Menschen hausen in Notunterkünften, einer weiteren Million droht der Verlust der Wohnung.
Täglich werden 2.000 Arbeitsplätze abgebaut.Vereinigtes neues Deutschland heißt heute: Arbeitslosigkeit in der Dimension der Weimarer Republik, Arbeitslöhne unterhalb der Armutsgrenze, Herabsetzung der Armutsgrenze, Altersarmut, Kinderarbeit und Kinderarmut, Obdachlosigkeit, Mangelernährung und soziale Perspektivlosigkeit.
Der wachsenden Armut steht steigender Wohlstand gegenüber.
In der Zeit von 1982-1992 stiegen die Unternehmergewinne um 157%. So hat es 1992 allein in Werten ein liquides Unternehmensvermögen von ca.800 Mrd.DM gegeben. 1991 verfügte das oberste eine Prozent der Privathaushalte über 14% (476 Mrd.) des gesamten Geldvermögens, die nächsten 10% hielten über die Hälfte (1,7 Billionen) und auf weitere 39% entfielen nochmals 34% (1,15 Billionen). Das ist die reiche Hälfte der Privathaushalte. Auf die andere Hälfte (also unsereinen) dagegen entfielen nur knapp 2%(!) des Vermögens.



Die Schaffung dieses Vermögens basiert hauptsächlich auf der weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur. Dieser Raubbau hat zur Folge, daß das lebensnotwendige ökologische Gleichgewicht der Welt und damit die für die Menschen lebensnotwendigen ökologischen Grundlagen zerstört werden.
Zugleich sind in dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht die Menschen - bzw ihr Leben- Zweck von Produktion und Verteilung, sondern "das Wachstum", und deshalb gelten Menschen nur als Arbeitskräfte, deren Lebenssinn und Existentberechtigung gerade darin liegt, durch Arbeit zu diesem Wachstum beizutragen: "Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen !"

Wir fordern:

Gegen die schleichende Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht breiten Widerstand zu leisten!

Abschaffung jeglicher Zwangsarbeit!

Keine Einführung eines freiwilligen sozialen Jahres oder eines allgemeinen Pflichtjahres!

Schluß mit der Ausbeutung von SozialhilfebezieherInnen, Gefangenen, Zivildienstleistenden, Behinderten, MigrantInnen und Flüchtlingen!

Abschaffung aller Sondergesetze für MigrantInnen und Flüchtlinge!

Existenzgeld, Garantiertes Mindesteinkommen und radikale Arbeitszeitverkürzung!

Immer dann, wenn Massenarbeitslosigkeit und Armut den sozialen Disziplinierungsorganen außer Kontrolle zu geraten scheinen, wurde das Instrumentarium der sogenannten gemeinnützigen Arbeit, die wir Zwangsarbeit nennen, praktiziert. SozialhilfebezieherInnen werden unter Drohung des Entzuges der Sozialhilfe zu Arbeiten im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Müllbeseitigung in Schwimmbädern etc. herangezogen.
Es handelt sich dabei um zwei Formen, die praktiziert werden:
a) Arbeiten ohne Arbeitsvertrag für eine sogenannte Mehraufwandsentschädigung zwischen 1 und 4 DM pro Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe.
b) Arbeiten mit Arbeitsverträgen in Anlehnung an geltende Tarifverträge, wobei in vielen Fällen die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen noch unterschritten werden. Oft werden die betroffenen Sozialhilfeberchtigten unter Androhung der Kürzung ihrer Sozialhilfebezüge in die Arbeitsverhältnisse gezwungen. Dies trifft deutsche SozialhilfebezieherInnen ebenso wie MigrantInnen und Flüchtlinge.

Wir lehnen jede Form von Zwangsarbeit ab, zu der wir die Variante nach Mehraufwansentschädigung (im Rahmen der "Hilfe zur Arbeit" nach BSHG) ebenso zählen wie die erzwungene Verpflichtung von AsylbewerberInnen nach dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz. Auch die sogenannte Gemeinschaftsarbeiten für BezieherInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe, wie sie die Bundesregierung momentam plant, gehören dazu. Neben der Gefahr, daß durch diese Formen von Zwangsarbeit einem allgemeinen Arbeitsdienst nach Muster des 3.Reiches zugearbeitet wird, werden vor allem reguläre Arbeitsplätze im Bereich kommunaler Pflichtaufgaben abgebaut und durch "billigere" ZwangsarbeiterInnen ersetzt.
Zwangsarbeitsdienste und "Krisenbewältigung" stehen im direktem Zusammenhang. Zuerst wird den Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen Mißbrauch von Versicherungs- und Sozialgeldern vorgeworfen, dann werden die geringen Lohnersatzleistungen noch weiter gekürzt und schließlich wird ein Teil der Betroffenen mit Zwangsarbeit drangsaliert. Erwerbslose sollen mit differenzierten Angeboten von "gemeinnützigen" Tätigkeiten bis zu untertariflich bezahlten und zeitlich befristeten Verträgen in "Arbeit statt Sozialhilfe" Projekten überprüft und ausgesiebt werden. Wer sich wehrt und auf einen tariflich bezahlten, seinen/ihren Fähigkeiten entsprechenden und unbefristeten Arbeitsplatz besteht, gilt als arbeitsunwillig ohne Anspruch auf weitere soziale Leistungen. Aber auch innerhalb der Betroffenen fördern solcherart abgestufte Angebote die Akzeptanz von Zwangsarbeitsmaßnahmen. Dort wo ehemalige SozialhilfebezieherInnen in kommunalen Werkstätten usw. tätig sind, setzt sich in nicht wenigen Fällen die Auffassung durch, wer Sozialleistungen erhält, soll auch dafür arbeiten, ohne nach dem Sinn und Zweck dieser Arbeit zu fragen. Ziel der staatlichen Zwangsarbeitsoffensive ist es, den gemeinsamen Widerstand aller Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen zu verhindern bei gleichzeitiger Einsparungen von Lohnersatzleistungen durch den Ausschluß potentieller SozialhilfebezieherInnen, die sich einem Arbeitszwang nicht unterwerfen wollen.
Über die "Pflicht" zur Zwangsarbeit soll versucht werden, bestehende und gesetzliche Mindeststandards auf breiter Basis auszuhöhlen, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, reguläre Arbeitsplätze abzubauen, diese Tätigkeiten dann von ZwangsarbeiterInnen ausführen zu lassen und damit die kommunalen Haushalte finanziell stark zu entlasten. Diese Strategie der Arbeitsplatzvernichtung und Profitmaximierung könnte schon bald auch in Produktion und Verwaltung der Privatwirtschaft angewendet werden, wenn wir nicht genügend Widerstand entwickeln. Die hier skizzierte Entwicklung beschränkt sich nicht allein auf Deutschland. Die Herrschenden versuchen in ganz Europa die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen, die sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung abzubauen und staatliche Unterstützung mit dem Zwang zur Arbeit zu verbinden.

Die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut werden jede Form der Zwangsarbeit und jeden Ansatz zur Schaffung eines Arbeitsmarktes mir untertariflicher Bezahlung bekämpfen, weil:
- damit das Streik- und Tarifrecht ausgehebelt werden soll,
- damit ein Angriff auf die Höhe der Löhne und Gehälter stattfindet,
- Sozialhilfeberchtigte abgeschreckt werden sollen, ihre berechtigten Ansprüche auszuschöpfen,
- wir nicht zulassen wollen, daß die Renten weiter destabilisiert werden, RentnerInnen in noch größerem Umfang zu SozialhilfebezieherInnen werden,
- die kommunalen Haushalte auf Kosten der Armen saniert werden sollen,
- wir nicht dazu beitragen werden, den Konkurrenzdruck der ArbeitnehmerInnen zu verstärken, die Solidarität zu untergraben,
- wir dagegen kämpfen werden, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden,
- wir dazu beitragen wollen, die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden.



Sabotiert die Zwangsarbeit!

(Teil 2)

Anmerkungen zu Kaiserslautern

Seit geraumer Zeit werden auch in städtischen Einrichtungen der Stadt Kaiserslautern Sozialhilfeempfänger Innen zu der sogenannten "gemeinnützigen Arbeit" herangezogen. So werden beispielsweise auch in den "Kulturpalästen" Pfalztheater und Kammgarn Sozialhilfeempfänger für 2 DM/Stunde (Mehraufwandsentschädigung) zum Buckeln verdonnert. Was diese Form der Zwangsarbeit mit gemeinnütziger Arbeit zu tun haben soll, ist mir schleierhaft. Wir wissen, daß die Stadtkassen so ziemlich empty sind, daß der Theaterneubau 86 Millionen kostet und daß auch bei der Kammgarn die finanzielle Situation nicht rosig aussieht. Zählt mensch dann 1 und 1 zusammen, kann sich jede/r ziemlich einfach ausrechnen, wem diese "Arbeit" nützt - der Sanierung des Stadtsäckels.
Daß diese Form der "Beschäftigungspolitik" dem Gemeinwohl recht wenig nützt, liegt auf der Hand. (Die oben genannten Einrichtungen sind Bühnen für eine privilegierte Minderheit) Den arbeitslosen Menschen, die durch das Verschulden einer völlig fehlgeleiteten Politik in die Sozialhilfe gedrängt werden, nützen diese Jobs rein gar nix. Wie schon in der K-Butt Nr.6 zur Zwangsarbeit beschrieben, haben diese Menschen weder einen Anspruch auf Urlaubs/Weihnachtsgeld oder andere betriebliche Leistungen noch Anspruch auf Urlaub, sie werden von keinem Betriebsrat vertreten und sind weder Renten- noch Arbeitslosenversichert. Krankenversichert sind sie über das Sozi (d.h. wenn du zum Arzt/zur Ärztin mußt, mußt du erstmal zur Sachbearbeiterin und dir einen Krankenschein erbitten).
Zudem, daß bei solchen "Zwangsarbeitsverhältnissen" die Menschen völlig entrechtet werden (weigert sich ein/e Sozialhilfeempfänger/in, so einen Job zu machen, werden sofort 20% der Hilfe gekürzt), entstehen oft Konkurrenz verhältnisse, die die Menschen gegeneinander ausspielen Ein Beispiel: Im Pfalztheater und in der Kammgarn wurden bisher Studenten (Frauen haben da wohl nix zu suchen) als Bühnenarbeiter eingestellt - bei einem Stundenlohn von 20 DM (Pfalztheater). Durch den Einsatz von "Zwangsarbeitern" fallen für Studis diese Jobs jetzt weg. Fakt ist, daß jetzt Menschen für 2 DM genauso buckeln müssen wie bisher die Menschen, die 20 DM für die gleiche Arbeit bekamen. Die Studis sagen: wegen denen (den SozialhilfeempfängerInnen) kriegen wir keine Jobs mehr, DIE nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Auf die Idee, daß sie vor der Einführung der Zwangsarbeit die billigeren Arbeitskräfte waren, weil für Studis keine Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung gezahlt werden muß, kamen sie zur Zeit ihrer Beschäftigung nicht ?

Hier muß noch mal ganz klar und entschieden gesagt werden: KEIN MENSCH NIMMT EINEN ANDEREN DIE ARBEIT WEG

- weder AusländerInnen/MigrantInnen den Deutschen
- weder Studis den ArbeiterInnen/Arbeitslosen
- noch SozialhilfeempfängerInnen den Studis

Solche Konkurenzverhältnisse dienen einzig und allein der Wirtschaft und damit dem Kapital. So sind es die PolitikerInnen als HandlangerInnen des Kapitals, die uns gegenseitig aufhetzen, die nur sagen wollen - dein/e Nächste/r ist Schuld daran, daß es dir dreckig geht.

Nur die Reichen profitieren davon, wenn wir in ständigem Konkurenzkampf zueinander stehen.
Es ist doch zynisch, wenn du auf's Arbeitsamt rennst und dein/e Sachbearbeiter/in zu dir sagt: "Tut mir ja echt leid, Frau Meier, aber sie wissen ja, wie katastrophal die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist. Wir können ihnen leider keine Arbeit anbieten." und wenn du dann zum Sozi kommst, kriegste dort von der/dem zuständigen sachbearbeiter/in erzählt: " Ja, Frau Meier morgen früh um 8 melden sie sich bei Herrn X im Pfalztheater, dort wird ihnen dann gesagt, wo sie sich "nützlich" machen können. Wir verteilen hier schließlich keine Almosen -wir erwarten von ihmen, daß sie sich kooperativ verhalten und was tun für ihr Geld"
Dieses Beispiel zeigt doch ganz deutlich
- es besteht Bedarf an Arbeitskräften
- Arbeit ist genug da - nur sind die ArbeitgeberInnen nicht bereit, einen gerechten Lohn zu zahlen.
Manchmal wird auch in Aussicht gestellt, daß so ein Zwangsarbeitsverhältnis in einen "ordentlichen Arbeitsvertrag" umgewandelt werden kann, wenn du dich gut geführt hast. Das heißt, daß du in der Hoffnung auf einen Arbeitsvertrag das Maul hälst, dich nicht über miserable Arbeitsbedingungen beschwerst, dich nicht mit deinen KollegInnen organisierst und am Besten dem Chef in den Arsch kriechst. Ob du dann, obwohl du die ganze Zeit gekuscht hast, einen Vertrag kriegst oder nicht, ist dann immer noch nicht sicher - schließlich können SIE dir ja vorher keine Zusicherung geben.
PolitikerInnen und ArbeitgeberInnen setzen überall, wo es nur geht, auf Entsolidarisierung. Wir haben doch noch alle die riesigen Plakattafeln vor Augen, auf denen in großen Lettern stand "Säg nicht am Ast, auf dem wir alle sitzen". Aber nur, wenn wir zusammen an dem Ast, auf dem die Bonzen sitzen, sägen, können wir erreichen, daß SIE runterfallen und WIR DAS BEKOMMEN; WAS UNS ZUSTEHT.SOLIDARITÄT ist eine Waffe und als diese sollten wir sie auch einsetzen.
Wir können nicht erwarten, daß die Herrschenden ihren Kuchen mit uns freiwillig teilen. WE DON'T WANT JUST ONE CAKE - WE WANT THE WHOLE FUCKING BAKERY !!
Genausowenig können wir auf die staatstragenden Gewerkschaften hoffen. Denen sind wir doch auch scheißegal, wenn wir unsere Jobs verloren haben.
Wir müssen uns selbst organisieren. So was wie 'ne Gewerkschaft für "Nichterwerbstätige" gründen. Für Arbeitslose, MigantInnen, SozialhilfeempfängerInnen und Hausfrauen, die ja auch "umsonst" malochen.
Wir müssen uns gegenseitig unterstützen - uns erzählen, wie wir schikaniert und ausgebeutet werden, unsere Erfahrungen austauschen und uns kundig machen, wie wir uns wehren können.
Wenn wir uns jetzt nicht wehren, dann dauerts nicht mehr lange, bis Opel,Pfaff, Gußwerke (wieder) ihre ZwangsarbeiterInnen direkt beim Staat anfordern können. Das Schiksal der ZwangsarbeiterInnen im 3.Reich muß uns in ständigem Bewußtsein sein.
Gegen jegliche Form von Zwangsarbeit !!

FREIHEIT FÜR KURDISTAN

Die lange Tradition der Deutsch-Türkischen Freundschaft

Ein Reisebericht von einem Mitglied der saarländischen Delegation.

Alles erscheint ganz gewöhnlich in der Türkei. Auch unsere Delegation konnte ohne Probleme über Istanbul nach Kurdistan fliegen. Nichts erweckt den Eindruck, daß der türkische Staat einen erbarmungslosen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt, daß in seinen Gefängnissen gefoltert wird und das Land faktisch vom Militär regiert wird. Diese Normalität in der West-Türkei ist das erschreckende. In Van am Flughafen zeigte der türkische Staat uns sein wahres Gesicht. Militär, Sicherheitspolizei und der stellvertretende Gouverneur der Region Van empfingen uns schon am Flugzeug. Die Stadt Van liegt im türkisch besetzten Teil von Kurdistan, das von der türkischen Regierung zum Ausnahmegebiet erklärt wurde.

Der stellv. Gouverneur begrüßte uns und beschwor die deutsch-türkische Freundschaft, deren Tradition er aus der Zeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges herleitete. Daß dies keine leeren Worte waren, sollte uns später gezeigt werden. Daß in dieser Tradition noch nie Platz für Andersdenkende war, wurde mal wieder deutlich. Nach fünf Stunden stand fest, daß wir nur nach Kurdistan einreisen können, wenn wir unsere Dolmetscher mit türkischem Paß an die Bullen ausliefern. Daher beschloßen wir zusammen zurück zu fliegen und unsere Dolmetscher in Sicherheit zu bringen. Die Aggressivität der Bullen nahm immer mehr zu und erreichte ihren Höhepunkt beim Einchecken zum Rückflug. Nach provokanten Kontrollen, versuchten sie erneut, die Dolmetscher abzugreifen. Da wir dies nicht einfach zuließen, kamen sie total in Rage. Zwei Zivilbullen tickten aus und schlugen und traten nach uns. Geschlossen einander untergehakt, die Übersetzer in der Mitte, ereichten wir das Flugzeug nach Ankara.

Von wo wir nach 1,5 Stunden Aufenthalt, das uns von dem Gelaber eines Gesandten der Deutschen Botschaft versüßt wurde, nach Istanbul zurückflogen. Am Istanbuler Flughafen hielt man uns zuerst in dem Bus fest, der uns vom Flugzeug abgeholt hatte. Die Türen mußten wir mit Hilfe der mechanischen Hebel selbst öffnen. Erst wollten sie uns nicht in die Flughalle hineinlassen, dann nicht mehr hinaus. Der Ausgang war durch Bullen besetzt, am Eingang fuhr sogar ein kleiner Spähpanzer (Made in Germany) auf. Auch der deutsche Konsul in Istanbul, der uns erwartete, konnte oder wollte uns nicht erklären, weswegen sie uns hier festhielten. Der Polizeichef erklärte uns, daß dies alles nur wegen unserer Sicherheit passiert. Klar, wo ist mensch sicherer als im Bullenkessel? Nach 2 Stunden Verhandlungen konnten wir endlich in Istanbul einreisen. Die türkische Regierung hat sich, entgegen anderslautender Gerüchte, nicht getraut, uns abzuschieben. Im Hotel in Istanbul bekamen wir erst mit, welchen Pressewirbel unser Empfang in Van ausgelöst hatte. Es war das erste Mal, daß eine ausländische Delegation von türkischen Sicherheitskräften direkt körperlich angegriffen wurde. Nach der Pressekonferenz im Hotel beschloßen wir, die saarländische Delegation zusammen mit drei Menschen aus anderen Delegationen, in Istanbul zu bleiben. Die anderen Delegationen aus Nürnberg, München, Stuttgart und Karlsruhe machten sich mit dem Bus auf den Weg nach Diyarbakir. Aufgrund der Informationen, daß keine Delegation, die sich im kurdischen Teil der Türkei aufhielt, sich frei bewegen konnte, wollten wir fürs erste in Istanbul bleiben. Statt noch eine weitere Delegation zu sein, die in einem Hotel eingesperrt ist, wollten wir uns mit der Situation der KurdInnen in der West-Türkei beschäftigen. Wir wollten uns die von deutschen Politikern und Gerichten so gern genannte "Inländische Fluchtalternative" mal genauer ansehen. Die Behauptung, daß KurdInnen in der West-Türkei nicht verfolgt würden, entlarvt sich schon gleich am Newrozfest. In Istanbul wurden an diesem Tag mindestens 250 KurdInnen festgenommen. Außerdem wurden bei Ausweiskontrollen gezielt Menschen wegen ihrer kurdischen Identität verhaftet. Allein in Taksim, einem Stadtteil von Istanbul wurden über 200 KurdInnen festgenommen. Rechtsanwältinnen wurden nicht in die Gefängnisse gelassen, ein Kurde wurde auf der Polizeiwache erschoßen. Über die tägliche Repression gegen KurdInnen erzählten die Leute vom IHD Menschenrechtsverein, über die Benachteiligung in der Schule, Schikanen bei den Behörden bis hin zu offenen Beleidigungen und körperlichen Angriffen. Abdullah Koc, der Vorsitzende des IHD in Diyarbakir, berichtete über seine Arbeit und die Zunahme des Terrors seitens des türkischen Regimes. Auch er mußte, um seiner Verhaftung zu entgehen, kurz vor Newroz aus Diyarbakir nach Istanbul fliehen. Der IHD ist wegen seines entschlossenen Eintretens gegen Folter und Menschenrechtsverletzungen den Herrschenden in der Türkei ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln versuchen sie ihn zum Schweigen zu bringen. Die gleiche Repression wird auch gegen die Demokratie Partei DEP eingesetzt. Sie ist die einzige legale Partei, die sich für die Belange der KurdInnen einsetzt. Sechs Abgeordnete wurden nachdem ihre Immunität im türkischen Parlament aufgehoben wurde verhaftet. Anschläge gegen DEP-Büros, Angriffe gegen Leute von der Partei bis zu Ermordungen gehören zum Alltag. Für die Freilassung ihrer Abgeordneten und gegen den staatlichen Terror wurden jetzt überall in der Türkei in DEP-Büros unbefristete Hungerstreiks begonnen. Zwei dieser Büros in Instanbul haben wir besucht, wo wir mit Vertretern der DEP sprachen. Durch all unsere Gespräche zog sich dabei auch die Frage: Warum beteiligt sich die deutsche Regierung am Krieg gegen die Kurden? Es reicht nicht aus, daß sie die Waffen liefert, das Geld bereitstellt und die Todesschwadronen durch BGS-Spezialisten ausbilden läßt. Warum kriminalisiert sie jetzt noch die kurdischen Vereine und verbietet die Newroz-Feiern? Wo bleibt der Protest der demokratischen Öffentlichkeit, fragen uns unsre Gesprächspartner von der DEP-Partei.

Ich muß nur an die reaktionäre Mobilisierung denken, die Hetze gegen AusländerInnen, die sich jetzt immer stärker gegen kurdische Menschen richtet und natürlich braucht die BRD einen starken NATO-Bündnispartner im Nahen Osten. Die Antwort liegt auf der Hand, die BRD hat ein Interesse an einem starken NATO-Partner im Nahen Osten. Ein freies Kurdistan passt nicht in die "neue Weltordnung". Der Rechtsruck hat fast die gesamte Bevölkerung hier in der BRD erfaßt und zeigt sich nun auch in dem Verhalten gegenüber den Kurden. Ich sehe abends die Bilder von den Protestaktionen in Deutschland im türkischen Fernsehen und höre die Freude des türkischen Militärs und seiner Lakaien über das Vorgehen der deutschen Regierung gegen die Kurden. Das ist wohl die alte Freundschaft der mehr oder weniger gut getarnten Faschisten. Doch es gibt noch andere Medien in der Türkei! Bei unserem Besuch der Tageszeitung "Özgür Gündem", die als einzige offen über den Krieg in Kurdistan berichtet, ist die Stimmung überraschend gut. Trotz ständiger Angriffe seitens der türkischen Regierung ist die Selbstverständlichkeit, mit der sie einfach weitermachen, beeindruckend. Weder die häufigen Durchsuchungen, die ständigen Beschlagnahmungen ihrer Tagesausgaben, noch die Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen ihrer MitarbeiterInnen konnten sie davon abhalten, weiter ihre Meinung zu verbreiten. Die nächsten Tage verbringen wir mit Besuchen von kurdischen Einrichtungen, wie dem "Mesopotamischen Kulturzentrum", der "Kurdischen Rechts- und Freiheitsstiftung", die sich beide mit der Kultur, Geschichte und Sprache Kurdistans beschäftigen. Auch konnten wir die Gezekondu, das sind über Nacht errichtete Hüttensiedlungen und Zeltlager, in denen etwa 100 kurdischen Flüchtlinge leben, besuchen. Den gesamten Aufenthalt über verfolgte uns der mit ungeheuren Aufwand geführte kommunale Wahlkampf. Die ganzen Straßen waren mit Fähnchen dekoriert, Lautsprecherwagen fuhren ständig durch die Straßen und in der Glotze dröhnten dauernd die Bilder der Wahlveranstaltung. Doch es konnte nicht vertuscht werden, daß das Theater nur eine Alibifunktion hatte. Da die DEP nicht an den Wahlen teilnahm und die PKK zum Boykott aufrief, konnte das Ergebnis nur eine Farce sein. So war die Wahlbeteiligung in Diyabakir bei 50 %, 42 % der abgegebenen Stimmen waren ungültig und nur 4 % wählten die "Siegerpartei".

Obwohl die saarländische Delegation ihr ursprüngliches Ziel nicht erreichte, war unsere Reise trotzdem ein Erfolg. Es gelang uns doch, einiges über die wirklichen Bedingungen in der Türkei öffentlich zu machen und auch gerade über die Verfolgung der KurdInnen in der West-Türkei zu berichten. Jetzt gilt es, in der BRD einen sofortigen Abschiebestop für KurdInnen durchzusetzen und sich gegen die Militärhilfe der BRD für die Türkei einzusetzen.



Arsch hoch - Zähne auseinander

Hausdurchsuchung bei Mitarbeiter der AKTION 3.WELT

Am Dienstag, dem 10.Mai, durchsuchten Beamte des Landeskriminalamtes Saarbrücken (LKA), Abteilung Staatsschutz, die Privatwohnung eines Vorstandsmitgliedes der AKTION 3.WELT. Unter dem Vorwand "Gefahr im Verzug" suchten die Beamten nach Unterlagen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die Suche verlief ergebnislos.
Formaler Anlaß der Durchsuchung war die angebliche Teilnahme an einer Autobahnblockade von Kurden am 22. März dieses Jahres.
Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Mitarbeiter der AKTION 3.WELT im Rahmen der saarländischen Kurdistan-Delegation in Istanbul. Er recherchierte dort zum Thema "Inländische Fluchtalternative Westtürkei" und führte zahlreiche Interviews mit Zeitungen und Rundfunkstationen, auch am 22. März. Genau dies ist dem LKA bekannt.

Blick hinter die Kulissen
Worum geht es eigentlich ?
... jedenfalls nicht um eine Autobahnblockade. Es war der Versuch, Mitarbeiter der AKTION 3.WELT einzuschüchtern und sie daran zu hindern, Tatsachen über den schmutzigen Krieg in Kurdistan zu verbreiten. **Politisch Andersdenkende werden kriminalisiert. Gleichzeitig soll im Umfeld der AKTION 3.WELT Angst verbreitet werden.** Getreu dem Motto: Wenn der Staatsschutz kommt, wird ja schon irgendwas dran sein.
Im Gegensatz zu den staatlichen Stellen der BRD ist die AKTION 3.WELT im Kurdistan-Konflikt für eine politische und friedliche Lösung. Die AKTION 3.WELT lehnt deutsche Waffen und deutsches Geld für den Völkermord in Kurdistan ab. Durch das Verbot von kurdischen Organisationen und des kurdischen Neujahrsfestes NEWROZ heizt die BRD den Konflikt an und hat die Auseinandersetzungen provoziert. Dabei ist augenscheinlich, daß bei den Autobahnblockaden mit zweierlei Maß gemessen wird: Erinnert sei hier nur an die Aktionen der Stahlarbeiter von Rheinhausen 1988 oder an die immer wieder stattfindenden Straßenblockaden von Bauern.

Die AKTION 3.WELT fordert:
- keine Abschiebungen von KurdInnen
- keine Waffen- und Finanzhilfe an die Türkei
- keine Kriminalisierung Andersdenkender

Deshalb Arsch hoch - Zähne auseinander! Unterstützen Sie uns und werden Sie Mitglied in der AKTION 3.WELT

AKTION 3.WELT Saar
Weiskircher Str. 24 • 66674 Losheim • Tel 06872/6982 Fax 7826

Newroz-Verbote in der BRD

In Berlin, Wiesbaden und Augsburg wurde den KurdInnen sogar ihre Newrozfeier verboten. Newroz, das kurdische Neujahrsfest, hat einen hohen Symbolwert: Gefeiert wird die Befreiung Kurdistans vom Tyrannen Dehak durch den Schmied Kawa vor 5000 Jahren. Seit Jahren wird dieses Fest auch in Deutschland gefeiert und es kam dabei noch nie zu Auseinandersetzungen. Doch in diesem Jahr wurden KurdInnen, die so ein Verbot nicht einsehen konnten und sich trotzdem versammelten, von der Polizei brutal auseinandergeknüppelt.

Auch der Protest gegen dieses Vorgehen der deutschen Regierung in Form von Autobahnblockaden und Selbstverbrennungen endete in einer Knüppelorgie der deutschen Polizei und einer üblen Pressehetze: Immer noch wird behauptet, KurdInnen hätten versucht, auch Polizisten zu verbrennen. Diese Meldung die von der "taz" bis zur "FAZ" gebracht wurde, soll sich bei einer Autobahnblockade in Kiel abgespielt haben, bei einem Selbstverbrennungsversuch von KurdInnen. Nur in Kiel weiß niemand davon.

Obwohl die kurdischen Vereine darauf verzichteten, eine für den 26.03. angekündigte Demonstration durchzusetzen, wurde auch der Trauerzug in Mannheim zum Gedenken an Nülgün Yilderim und Bedriye Tas, die sich aus Protest selbst verbrannten, von der Polizei verboten und mit Wasserwerfern und Knüppeln angegriffen. Viele KurdInnen berichten von rassistischen Äußerungen der Polizisten wie „Affengesicht" und „Scheißkanake", mit denen sie während der Demonstration provoziert wurden. Trotzdem versammelten sich in Mannheim über 15000 Menschen und führten den Trauerzug friedlich zu Ende. Insgesamt wurden bei den Protesten der KurdInnen ca. 200 Menschen festgenommen, es muß davon ausgegangen werden, daß mindestens 500 Strafverfahren eingeleitet worden sind. Doch die Hetzjagd der Bundesregierung auf KurdInnen geht weiter: Kanther und Kohl kündigten an, sie würden jeden „kurdischen Gewalttäter" in die Türkei abschieben. Eine solche Abschiebepraxis würde gegen das Grundgesetz und gegen die Flüchtlingskonventionen verstoßen, doch munter wird z. B. in Bayern behauptet, durch ein Abkommen mit der Türkei könnten Folter und Todesstrafe für KurdInnen verhindert werden.

Die Bundesregierung weiß genau, daß in der Türkei gefoltert wird: In einem Antrag vom Dezember '93 appellierte sie zusammen mit FDP und SPD an die Türkei, als „Mitglied des Europarates" und als „Unterzeichner der UN-Antifolterkonvention" die von den türkischen Sicherheitskräften „leider immer noch praktizierte Folter, wirksam zu unterbinden". Im Jahr 1993 wurden in der Türkei 135 Menschen ohne Gerichtsverfahren exekutiert, 30 Menschen „verschwanden" unter Polizeiaufsicht, 20 Menschen starben durch Folter, 510 Tote gelten als „ungeklärte Todesfälle", ermordet wurden sechs JournalistInnen, 51 JournalistInnen sitzen in Haft, 33 Kinder wurden ermordet und 874 Dörfer entleert oder



zerstört (Zahlen: Jahresbericht des Menschenrechtsvereins IHD). Soviel zur Einhaltung von Abkommen in der Türkei und der „leider immer noch praktizierten Folter".

Angesichts einer drohenden Abschiebung würden sich viele KurdInnen vorher das Leben nehmen - durch Selbstverbrennungen. Für die KurdInnen ist die Selbstverbrennung nur ein Kampfmittel, um auf die Zustände in Kurdistan aufmerksam zu machen. So schrieben Nülgün Yilderim und Bedriye Tas in ihrem Abschiedsbrief:

„Mit dieser Aktion wollen wir auf die blinde Haltung der Bundesregierung, insbesondere Kanthers, aufmerksam machen. Seit Jahren führt die türkische Regierung einen Vernichtungskrieg mit westlicher Hilfe. Die kurdische Sprache, Farben und Festlichkeiten sind in Kurdistan verboten und jetzt auch in Deutschland. Um den Menschen zu zeigen, daß man die Schreie der Kurden nach Freiheit auch in Deutschland nicht ersticken kann, wollen wir ein Zeichen setzen..." Die KurdInnen haben das Gefühl, mit dem Rücken zur Wand kämpfen zu müssen - hier in Deutschland mit einem Gegner, der scheinheilig von einem „Krieg" spricht, der von den KurdInnen nach Deutschland getragen wird. Kani Yilmaz von der ERNK-Europavertretung sagt hierzu, die PKK hätte die Bundesregierung nicht herausgefordert, sondern die KurdInnen setzten sich für ihre Sache ein. Wenn Deutschland eine demokratische Lösung der Kurdenfrage wolle, solle sie sich dafür auch einsetzen.

So forderten auf der Kurdistankonferenz in Brüssel die DelegiertInnen, UNO-BeobachterInnen in die Türkei zu schicken.

Quellen: Özgür Gündem, Kurdistan-RB, FR, Spiegel, Taz

K.W./Kiel, J.S.,OG Berlin



GSG 9 Überfall auf Kurdischen Kulturverein in SB

SAARBRÜCKEN. »Sie stießen so merkwürdige Schreie aus. Wir dachten zuerst an einen Überfall von Skinheads.« So kommentierte noch Stunden später ein Kurde die Aktion der Grenzschutzgruppe 9 (GSG) in Saarbrükken. Am Samstagvormittag stürmte eine Hundertschaft der GSG 9 unter Schlagstockeinsatz und mit gezogenen Maschinenpistolen die Räume des Kurdischen Kulturvereins in Saarbrücken. Über sechzig Kurden und Kurdinnen wurden auf der Stelle verhaftet. Auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) suchte man nach »führenden Funktionären« der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die überraschende Aktion, bei der auch Teile der Saarbrücker Innenstadt abgesperrt worden waren, wurde auf alle Räume des Kurdischen Kulturzentrums ausgedehnt.

Auch Menschen außerhalb des Kulturzentrums, die offenbar »kurdisch« aussahen, wurden festgenommen, darunter auch ein Franzose und ein Palästinenser. Das allen gemeinsame Merkmal: dunkle Haare. Auf jedem Kurden – alle mußten sich mit den Händen auf dem Rücken und dem Gesicht nach unten auf den Boden legen – knieten zwei GSG 9-Beamte. Daß für einen verletzten Kurden sogar der Notarzt gerufen werden mußte, kommentierte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in einem Rundfunkinterview mit »vorsorglicher ärztlicher Untersuchung«. Zum Zeitpunkt der Polizeiaktion trafen sich Kurden aus mehreren Städten im Südwesten der BRD in Saarbrücken. Das Treffen war bereits wochenlang öffentlich angekündigt worden. Der Trägerverein, der rund 15 Projekte, die in dem Kulturzentrum untergebracht sind, betreut, bezeichnete die Aktion als einen »paramilitärisch inszenierten Überfall auf selbstorganisierte Strukturen kurdischer Menschen«.

Nach dem Einsatz verschwand die vermummte GSG 9-Einheit. Die 64 Verhafteten wurden von der BAW in den Räumen der saarländischen Polizei bis in die Abendstunden hinein verhört und danach bis auf eine Ausnahme wieder freigelassen. Eine aus Belgien angereiste Kurdin wurde wegen ihres illegalen Aufenthalts in der Bundesrepublik in Abschiebehaft genommen.

Die angebliche Suche nach Mitgliedern der kurdischen Arbeiterpartei PKK stellt eine »beliebig erweiterbare Konstruktion dar, mit der jede Repressionsmaßnahme gerechtfertigt werden kann«, heißt es in einer Pressemitteilung der »Aktion 3. Welt Saar«. Ziel sei die Kriminalisierung von politisch aktiven Kurden. Die »Aktion 3. Welt Saar« hatte gemeinsam mit dem »Antirassistischen Notruftelefon Saarbrükken« und dem Kurdischen Kulturverein zu einer Demonstration durch Saarbrücken aufgerufen. Über 300 Menschen folgten binnen drei Stunden dem Aufruf. *Roland Röder*

aus: Junge Welt

Losheimer Landbote zu Kurdistan erschienen

Losheim **Die Situation von Kurden in der Türkei und in der Bundesrepublik Deutschland ist Thema des neu erschienenen Losheimer Landboten, herausgegeben von der Aktion 3.Welt Saar. Die Auflage beträgt 10.000 Exemplare. Die Zeitung liegt an zahlreichen öffentlichen Stellen im Saarland und Rheinland Pfalz aus.**

Kurz und bündig nehmen die Autoren Stellung zur "Inländischen Fluchtalternative Westtürkei", der Lebenssituation von Kurden in der Türkei, zu deutschen Waffenlieferungen und der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Außerdem werden konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, die zu einer politischen Lösung beitragen können.

Grundlage sind drei Delegationsreisen von Mitarbeitern der Aktion 3.Welt in den türkischen Teil Kurdistans. Zuletzt war die 3.Welt Organisation Veranstalter der saarländischen Kurdistan-Delegation, die Ende März in Istanbul zum Thema "Inländische Fluchtalternative Westtürkei" recherchierte.

Interessenten erhalten den Landboten, auch in größerer Stückzahl, direkt bei: Aktion 3.Welt, Weiskircher Str. 24, 66674 Losheim Tel 06872/6982 Fax 7826

STAATSTERROR INTERNATIONAL:

Das Verhalten der deutschen Unsicherheitskräfte, allen voran der paramilitärischen (Anti)Terroreinheit GSG 9, läßt Vergleich zum Terror des türkischen Staates zu. Kein Wunder, die schwarzen Käfer (türk. "Antiterroreinheit"), von der Bevölkerung einfach Rambos genannt, sind von eben jener GSG 9 ausgebildet worden. Selbst die Waffen, die diese Rambos benutzen, kommen größtenteils aus der BRD. Offensichtlich will die deutsche Regierung, die allzu hartnäckig KurdInnen, die für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes eintreten, und den Terror des türk. Staates publik machen, hier in der BRD dem selben Terror aussetzen, wie ihre Familien und Verwandte und Freunde ihn in der Türkei od. Kurdistan alltäglich erleben. Von der Erstürmung der Alten Feuerwache in Sb., wahllos und mit massiver Gewalt ausgeführt (ein Kurde wurde schwer verletzt, die Räume der KurdInnen glichen einem Trümmerfeld), ist es nicht mehr weit zu gezielten Einsätzen gegen einzelne KurdInnen, inklusive "finalem Rettungsschuß". Daß die deutschen Unsicherheitskräfte dazu fähig sind, haben sie schon allzu oft bewiesen. Ihr letztes Opfer war das Mitglied der Roten Armee Fraktion, Wolfgang Grams.

Die Herrschenden in der BRD scheinen gewillt zu sein, ihren Pakt mit der türkischen Militärdemokratur soweit auf die Spitze zu treiben, daß in der Methodik der Verfolgung der KurdInnen keine Unterschiede mehr gemacht werden. Auch die immer wiederkehrende Hetze zeigt, daß es auch hier, in der öffentlichen Meinung, nur kurdische Terroristen geben soll. Von der Wirtschafts- und Militärhilfe bis zur Ausbildung von Polizeikräften und Spezialeinheiten leistet die BRD alle möglichen Hilfen, die in der Türkei zum Völkermord am kurdischen Volk und zur Repression gegen die, die diesen Kampf für ihr Selbstbestimmungsrecht unterstützen, eingesetzt werden.

Ohne diese massive Unterstützung durch die BRD-Regierung wären die Machthaber in der Türkei schon längst gezwungen, auf die Verhandlungsangebote der PKK einzugehen. Den Morden wäre ein Ende gesetzt. Die türkische Regierung kann sich zur Zeit sogar leisten, Wirtschafts- und Militärhilfe, die sie vom US-Senat hätte bekommen können, abzulehnen, weil diese von Verbesserungen der Menschenrechtssituation in der Türkei abhängig gemacht wurden. Auch daran sieht mensch, wie sehr sich die hiesige Regierung für Menschenrechte stark macht, nämlich gar nicht. Damit die "Hilfen" eingestellt werden, müssen wir hier mehr mobilisieren als Mitleid. Nur unser entschiedener Widerstand gegen die imperialistische Unterstützung von Terror und Krieg, ob in Ruanda, Ex-Jugoslawien oder in der Türkei und NW-Kurdistan kann den Morden ein Ende setzen.

Den Widerstand hier und heute organisieren!

Anklage erhoben!

Staatsanwaltschaft versucht, aus AntifaschistInnen blutrünstige Killerbande zu konstruieren.

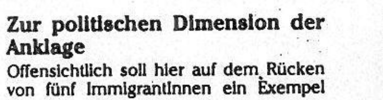
Am 15. April 94 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die fünf im Zusammenhang mit dem "Fall Kaindl" inhaftierten ImmigrantInnen.
Vorgeworfen wird ihnen, auf der Grundlage "eines gemeinschaftlichen Tatplans aus niederen Beweggründen" einen Menschen ermordet zu haben. Die "niederen Beweggründe" seien "politisch motivierter Haß" gewesen. Hinzukommt, sozusagen als Krönung der Anklage, der Vorwurf des "gemeinschaftlichen 6fachen Mordversuchs"!
"Untermauert" wird dieser ungeheuerliche Tatvorwurf hauptsächlich mit den Aussagen zweier angeblich tatbeteiligter Jugendlicher, Erkan und Bahrettin (siehe Herzschläge 2+3).
Die fünf sollen, zusammen mit sechs weiteren Gesuchten, im April 1992 ein Treffen von mehreren Mitgliedern der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) überfallen haben.
Damals traf sich eine Gruppe teils führender Funktionäre dieser Partei, die als Bindeglied zwischen terroristischer Nazi-Szene und den parlamentarischen Faschisten gilt, in einem Neuköllner Chinarestaurant. Ein Gast im Lokal wurde Zeuge, wie die Faschisten rassistische Bemerkungen gegenüber einem Rosenverkäufer machten, der an ihren Tisch kam. Er mischte sich in das Gespräch ein, wobei er deutlich machte, daß er einen aus der Gruppe, Carsten Pagel (ehem. REP-Vorsitzender in Berlin und Anwalt der rechten Szene), erkannt habe. Nach einem kurzen Wortwechsel verließ der Gast das Lokal. Ungefähr eineinhalb Stunden später wurden die Faschisten von mehreren Vermummten angegriffen.
Bei dem Handgemenge erlitt der 47-jährige Berliner Landesschriftführer der DL, Gerhard Kaindl, mehrere Messerstiche, an denen er wenig später starb.
Thorsten Thaler, vormals REP - und seit 1991 DL-Mitglied, Autor in der faschistischen Zeitung "Junge Freiheit", wurde ebenfalls durch Messerstiche schwer verletzt.



Die Ermittlungsmethoden des Staatsschutzes:

1. Es ist offensichtlich, daß der Berliner Staatsschutz Ermittlungsergebnisse an die DL weitergab! (s. Herzschläge Nr. 2), Auch das Dementi von Innensenator Heckelmann (Dokumentation in diesem Heft) erscheint eher nichtssagend und wenig glaubwürdig.
Es drängt sich der Eindruck auf, daß innerhalb der ermittelnden Staatsschutzbehörde durchaus Sympathien für die rassistische und anti-antifaschistische Politik der DL vorhanden sind. Darüber hinaus nutzte der Staatsschutz die ungesicherte Position der MigrantInnen aus, um sie mit rassistischen Methoden unter Druck zu setzen.

Es stellt sich die Frage, inwieweit der Staatsschutz nach dem bekannten Motto: *Rechte und Staat contra Linke und Immigrantinnen* einschlägige Ermittlungsziele verfolgt hat.
2. Die Tatsache, daß die Verhaftung von Mehmet, Abidin, Fatma und Bahrettin sowie die Haftbefehle gegen weitere Gesuchte mit den Aussagen des 17-jährigen Erkan begründet wurden, läßt zusätzlich Raum für diverse Fragen.
Erkan war schon zum Zeitpunkt seiner Verhaftung psychisch krank, und bis heute ist nicht geklärt, wie und unter welchen Umständen seine Aussagen zustande kamen.
3. Daß der zweite Jugendliche, Bahrettin, sich und die anderen schwer belastet hat, ist eine Sache. Die andere Sache ist die Erfahrung aus vergangenen Prozessen mit Kron- und Hauptbelastungszeugen. Oft genug wurden dabei Zeugen vom Staatsschutz dahingehend manipuliert, andere Zeugenaussagen zu bestätigen, mit dem Ziel, fehlende Beweise zu ersetzen und eine Kriminalisierung trotz mangelnder Indizien zu ermöglichen.
Alle drei Punkte lassen erhebliche Zweifel an den Ermittlungsergebnissen entstehen.



Zur politischen Dimension der Anklage

Offensichtlich soll hier auf dem Rücken von fünf ImmigrantInnen ein Exempel statuiert werden.
Es geht hier gegen fünf Menschen, die sich immerhin des "Verbrechens" schuldig gemacht haben, gegen Nazis zu sein.
Einige von ihnen besaßen darüberhinaus die "kriminelle Energie", sich seit Jahren gemeinsam mit anderen MigrantInnen gegen ihre Ausgrenzung, gegen rassistische Morde und faschistische Mobilisierung in diesem Land zur Wehr zu setzen.
Deshalb waren sie Staats- und Verfassungsschutz schon seit langem ein Dorn im Auge.
Mit Hilfe zweier angeblich tatbeteiligter Hauptbelastungszeugen konstruiert die Staatsanwaltschaft nun aus ihnen eine blutrünstige Killerbande, die aus "niederen Beweggründen" Menschen überfällt und umbringt. Sowohl die Aktion selbst, als auch die jetzt Angeklagten, sollen somit auf eine Ebene mit den faschistischen Mordbrennern von Hünxe, Mölln oder Solingen gestellt werden.
Diese Anklage ist eine gezielte Denunziation des gesamten antifaschistischen Widerstands und insbesondere derjenigen ImmigrantInnen, die den Rassismus nicht tatenlos hinnehmen.
Wenn diese Anklage durchkommen sollte, wäre jede selbstverständliche antifaschistische Mobilisierung, bei der es zu Auseinandersetzungen mit Faschisten kommt zukünftig der Gefahr ausgesetzt, mit dem Vorwurf des "Mordversuchs" kriminalisiert zu werden.
Darüberhinaus paßt sich die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in die Regierungskampagne von "Innerer Sicherheit" und "Ausländerkriminalität" ein; man baut auf den breiten rassistischen Konsens innerhalb der bürgerlichen Parteien und der Bevölkerung.
Dieses Verfahren soll auch dazu dienen, zu spalten, in diejenigen, die den Staat im Kampf gegen Faschismus noch in die Verantwortung nehmen wollen, und in diejenigen, für die dieser Staat (wie in Hoyerswerda oder Rostock) Teil des Problems und nicht der Lösung ist.

Rechts gleich Links ?

Antifaschistische Praxis hat nichts mit der menschenverachtenden Gewalt von Faschisten gemeinsam! Genausowenig ist sie auf eine Widerstandsform zu reduzieren.
Um den nationalen Konsens, den rassistischen Normalzustand und den menschenverachtenden Terror der Nazis auf der Straße zu stoppen und das Recht aller auf ein menschenwürdiges Leben zu verteidigen, müssen wir auf vielen unterschiedlichen Ebenen agieren. Von antifaschistischer Gegenkultur, Öffentlichkeitsarbeit, Schutz von Flüchtlingsheimen, Verhinderung faschistischer Aufmärsche und Treffen, Veröffentlichung ihrer Strukturen und Angriffe darauf, bis zur Einschüchterung faschistischer Straßenschläger und Kader!
Auch wenn uns klar ist, daß wir den antifaschistischen Kampf heute hauptsächlich politisch führen müssen, können wir nicht auf die Gegenwehr auf der Straße verzichten.
Wer mit Briefbomben, Brandanschlägen und tödlichem Straßenterror pauschal gegen all diejenigen vorgeht, die als politische Gegner oder als "minderwertig" betrachtet werden, läßt sich durch politische Ächtung allein nicht mehr einschüchtern oder aufhalten.



Überall dort, wo AntifaschistInnen sich entschlossen den Nazis entgegengestellt haben, sowohl politisch als auch praktisch, konnten weitere Anschläge verhindert und organisierten Nazis und Rassisten der Boden abgegraben werden.
Doch bei all diesen Aktionen war und ist der Tod eines Menschen nie angestrebtes Ziel. Uns ist nicht bekannt, daß derzeit die Tötung von Faschisten als politische Strategie im antifaschistischen Kampf diskutiert wird.
Uns sind allerdings über 60 (nach neuesten Zahlen sogar 85) faschistische Morde innerhalb der letzten vier Jahre bekannt, und der rechte tödliche Terror geht täglich weiter.

Trotz Kritik: Solidarität !

Wir wissen nicht, was bei der Aktion wirklich passiert ist.
Aus der Presse können wir aber entnehmen, daß dort Menschen spontan zusammenkamen, um ein Treffen bekannter Nazi-Funktionäre, die zuvor erkannt wurden, zu verhindern.Das bei der Aktion ein Faschist getötet wurde, war sicherlich nicht, wie die Staatsanwaltschaft uns glauben machen will, gemeinsam geplant und im Vorfeld gebilligt. Die Härte der Anklage ist in keinster Weise durch die Art des Geschehens und den juristischen Sachverhalt zu erklären!
Die antifaschistische Bewegung ist oft, wie auch hier, auf spontanes Handeln mit den unterschiedlichsten Menschen angewiesen.
Solche spontanen Aktionen sind jedoch aufgrund der eskalierten faschistischen Gewalt oft sehr emotionalisiert, was auch zu Fehlern und Ungenauigkeiten führen kann. Die Tötung eines Menschen ist natürlich keine Sache, die auf die leichte Schulter genommen werden kann. Doch wir gehen davon aus, daß bei der Aktion etwas falsch gelaufen ist. Aufarbeiten können das jedoch nur diejenigen, die an der Aktion beteiligt waren. Und wir werden sie dabei nicht alleine lassen!

Wir müssen in der heutigen zugespitzten Situation von faschistischem Haß und Gewalt davon ausgehen, daß Menschen reagieren und sich wehren.
Doch unabhängig davon, welche Aktionsform jede/r selbst vorzieht, tragen grundsätzlich alle mit die politische Verantwortung für Aktionen der antifaschistischen Bewegung. Eine Wiederholung von Ungenauigkeiten können wir nur auf der Grundlage von solidarischer Auseinandersetzung, nicht mit Distanzierung, vermeiden. Nur diejenigen, die heute noch nicht aufgrund ihres Aussehen oder ihrer öffentlich bekannten politischen Meinung im Fadenkreuz von Nazis und Rassisten stehen, können sich die Distanzierung von Gegengewalt (noch) leisten!
Lassen wir uns doch nicht in die absurden Anklagen Sand in die Augen streuen:
Nicht wir, sondern die Faschisten sind die Mörderbanden in diesem Land!
Hätten wir von diesem Nazi-Treffen erfahren, wir wären sicherlich auch hingegangen!
Denn in dem Maße, in dem sich so viele gegen die rassistische Entwicklung in diesem Land stellen und aktiv werden, in dem Maße relativiert sich die existentielle Bedrohung für die Einzelnen und läßt Raum für mehr Menschlichkeit. Je mehr wir sind, um so leichter können wir den braunen Mob und die Angst zurückdrängen. Deshalb ist es die Verantwortung aller humanistisch denkenden Menschen, einzugreifen und entsprechend ihrer Möglichkeiten zu handeln.
Der Berliner Staatsschutz wittert mit diesem Prozeß seine Chance, gleich doppelt zuzuschlagen:
-- gegen den antifaschistischen Widerstand
-- gegen die Selbstorganisierung von ImmigrantInnen, die den reaktionären und völkischen Teilen in Staat und Gesellschaft seit langem ein besonderer Dorn im Auge sind.
Uns allen muß klar sein, daß in diesem Sinne die fünf ImmigrantInnen stellvertretend für uns alle angeklagt sind.
Wir erwarten von allen, die in diesem Land eintreten für Zivilcourage, gegen Haß und Gewalt gegenüber Minderheiten, gegen diesen ungeheuerlichen Angriff der Justiz Position zu beziehen.
Deshalb unterstützt die Gefangenen, schafft Öffentlichkeit gegen die Kriminalisierung, sammelt Spenden, organisiert Veranstaltungen!





24.6 ab 19^00



Am 16.4 veranstaltete der **Königswinkel** erstmalig in K'town ein Streetballturnier. Gemeldet hatten sich Leute querbeet durch die Szene von SchülerInnen,Studis,Freaks bis hin zu "Professionals". So war es denn ein bunt gemischtes "Völkchen", das sich auf den Plätzen in der Vogelweh einfand, um einen Nachmittag lang zu zocken und zu testen wie es denn um die Ballkünste bestellt war.
Wir gingen alle völlig ungezwungen gingen an die Sache dran'die Regeln waren schnell klargemacht und SchiedsrichterInnen waren nicht von Nöten, da wir uns gegenseitig (-hin-)richteten.
So steuerte dann auch das K-Butt Team den 1. Preis, ein Fäßchen Gerstensaft, an, doch war trotz heftigsten Einsatz um Punkte nicht zu leugnen, daß es mit unserer (k-butten) Kondition nicht allzu weit bestellt war. Immerhin verloren wir nur 50% unserer Spiele und ließen uns dafür Zeit für ein Kippchen hier und ein Bierchen da.
In dieser Stimmung machte es dann auch einfach Spaß, sich zurückzulehnen, den Bauch in die ersten aufkommenden Sonnenstrahlen zu halten, und den anderen SpielerInnen bei ihren Spielen zuzuschauen.
Besonders angetan waren wohl alle von den Kiddies, die sich voll reinhängten und trotz ihrer Körpergröße auch mal von der 3'er Linie abzogen oder mit Einsatz und Sprungkraft zum Rebound gingen. Mit viel Sympathie und dem 2. Platz in der Tasche zogen sie dann auch von dem Turnier ab. Ich bin mir fast sicher, daß sie auch in diesem Moment wieder mit "Quetsch" am Korb stehen und "rumzaubern".
Bleibt zum Schluß noch zu sagen, daß es ein schöner Nachmittag war, der eine echte Konkurrenz für herkömmliche Freizeitindustrie (TV,Sega....) darstellt.
Vielleicht finden sich jetzt auch mal öfters Menschen zusammen, die bei Sommer, Sonne, Bier und Futter die Zeit miteinander so spaßig, wie an diesem Tag verbringen und für den Fall der Fortsetzung der Streetballturniere gilt:
"Feilt an eurer Kondition, watch NBA (wie war das mit dem TV-junk:der Setzer) and practice,practice,practice.....!"



szenelokal medicustrasse